

# Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 50 Pf. Durch Ausleger 2.20 Mk. pro Woche, 9.— Mk. pro Monat. Durch die Post 9.— Mk. pro Monat. Speditionsstellen für die Redaktion: Nachmittags 3—6 Uhr. Druckverlagsgesellschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Verlagsamt Nr. 21068. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 9987

Dienstag, 24. Januar 1922

Anzeigenpreis: Die 10spaltige Mittelzeile oder deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Besetzungs- und Besetzungsanzeigen 0.40 Mk. Reklame: Die Mittelzeile, 10spaltig oder deren Raum im Text 3.— Mk.

## Verhindert das Steuerkompromiß.

### Sozialdemokraten gegen die Zwangsanleihe.

Die Grundzüge des Steuerkompromisses sind bekannt. Die indirekten Steuern werden verdoppelt, verdreifacht. Die Besitzsteuer wird um ein geringes heraufgesetzt. Um den Sozialdemokraten die Preisgabe der Sachwertverfassung zu erleichtern, kündigt man eine Zwangsanleihe an, betont aber gleich, daß die Anleihe nicht sofort eingezogen werden kann. Die Industrie verlangt vorher Garantien. Die Parteiführer versuchen die Steuern den Arbeitern unter dem Vorwand schwachhaft zu machen, daß auf Grund des Ententebefehls die Besetze 14 Tage nach Cannes erledigt sein müssen. Die offiziellen Stellen der SPD und USPD schweigen sich über ihren Verrat aus. Die „linksstehende“ „Breslauer Volkswacht“ hat sich schon vor einigen Tagen aus neuerlichen Gründen mit dem Nichterlassen der Sachwerte abgefunden. Im Gegensatz hierzu bringt die sozialdemokratische „Frankfurter Volksstimme“ den wahren Willen der SPD-Mitglieder zum Ausdruck:

„Wann vertritt denn eine Zwangsanleihe sozialdemokratische Pläne? Is das eine bürgerliche Partei der Sozialdemokratie ein Entgegenkommen“ beweist, wenn sie den Großkapitalisten auf diesem Wege die Vergabe von 25 Prozent ihres Betriebsvermögens erpart? Das sozialistische Proletariat hat mindestens bisher nicht die Forderung erhoben, die Begüterten zu zwingen, dem Reiche Geld zu leihen, sondern ihm den vierten Teil ihrer Sachwerte ohne Anspruch auf Rückgabe mit oder ohne Zinsen abzutreten.

„Besitzern, wie die Erhöhung und befristete Eingehung des Reichsnotopfers, können aus den etwa 1901 mal von uns unüberwindlich angeführten Gründen nur neben der Erfassung der Sachwerte, nicht als Erfassung der Sachwerte in Betracht kommen. Die Besitzern bringen, wie auch die indirekten

Steuern, dem Reich Erträge, die es notwendig aufbringen muß. Der Wert der laufenden Besitzern für das Proletariat darf nicht überschätzt werden.

Im Reichstag sagen die Großkapitalisten und ihre Sachverwalter nicht, wie sie kalkulieren, um die Besitzern auf Proletarier, Bauern und Kleinbürger abzumachen. In jedem Kalkulationsbüro jedes Betriebes händeln sie danach. Es gibt keinen Großunternehmer, keinen Direktor einer Aktiengesellschaft, der nicht überzeugt ist, daß er die auf seiner Firma und auf den einzelnen Aktionären auf Grund ihres Aktienbesitzes lastenden Steuern auf die Konsumenten abgewälzt hat, da er bei der Preisfestsetzung in dem dazu nötigen Additionserempel diese Steuern keineswegs vergessen hat.

Das Reichsnotopfer beruht auf Steuererhöhungen, also in zahllosen Fällen auf — Schwindel. Eine Erfassung der Sachwerte mit Hilfe der Beteiligung des Reichs an den Aktiengesellschaften mit 25 v. H. des Aktienkapitals führt dem Reich restlos den vierten Teil der Dividenden und Bezugsrechte. Das Reichsnotopfer kann dem Reich Geld bringen, aber nicht den Anspruch auf die steigenden Erträge der sich erholenden Volkswirtschaft des deutschen Kapitalismus sichern.

Es hängt davon ab, ob dieser einen Stimme noch mehr folgen; ob vor allem die USPD, ihre radikalen Worte von Leipzig wahr macht. Der Kampf um die Sachwertverfassung bedeutet Kampf der Koalitionsregierung. Die Grundlagen einer Arbeiterregierung müssen geschaffen werden. Wirts geht, wie er auf dem Zentrumsparteitag ankündigte, zu Sinnes.

Die Steuererhöhungen sollen in nächster Zeit durchgepeitscht werden. Das gesamte Proletariat muß in geschlossener Front in den Kampf ziehen unter der Parole: Die gesamten Steuern auf die Schultern der Ausbeuter und Kriegsschuldigen.

## Heraus mit den politischen Gefangenen!

### Amnestieschwindel.

Die gesamte bürgerliche, sozialdemokratische und unabhängige Presse entrüstet sich, daß 30 Menschewisten von der Sowjetregierung verhaftet sind. Im Lande der Freiheit, im Reiche der Ebertschen und Rad' ruckischen Demokraten werden politische Gefangene zur Verzweiflung getrieben. Für den 22. Januar hatten die politischen Gefangenen von Sibirien, Torgau, Nordhaußen und Hamburg erneut mit Hungerstreik gedroht. Rabbbruch, sozialdemokratischer Justizminister, hat daraufhin, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, eine Verfügung erlassen, wonach alle Strafen, die bei der Verzweiflung ein Jahr nicht übersteigen, zu erlassen sind. Folgende Meldung bestätigt dies:

„Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, heißt es in der Verfügung u. a.: Der Herr Reichspräsident hat sich entschlossen, in weitem Umfange denjenigen, die durch außerordentliche Gerichte des Reiches verurteilt wurden, den Rest der Strafe zu erlassen, die insgesamt nicht mehr als 3 im Jahr Freiheitsstrafe zu verbüßen haben. Um unbillige Härten gegenüber solchen Personen zu vermeiden, die wegen einer in Verbindung mit der Aufbruchbewegung im März 1921 stehenden Straftat durch ein ordentliches Gericht verurteilt worden sind, soll geprüft werden, ob hinsichtlich dieser Verurteilungen, soweit einschließlicher in die Kurechnung gebrachten Untersuchungshaft eine Freiheitsstrafe von nicht mehr als einem Jahre auferlegt worden ist, die Herbeiführung eines Gnadenurteils oder die Gewährung bedingter Strafaussetzung geboten erscheint.“

Die Ausnahmegesetze haben für geringste „Vergehen“ wahnwitzige Strafen verhängt. Die Amnestie ist der Herrenwert und Rabbbruch würdig. In dem Bestreben, der Bourgeoisie zu gefallen, schlagen sie dem Proletariat täglich ins Gesicht. Die Arbeiter müssen die Freilassung der gefangenen Brüder erzwingen.

## Eisenbahnerstreik in Sachsen.

Die brutal ablehnende Haltung der Regierungen, die die schwere Kollage der Eisenbahner nicht sehen wollen, hat die sächsischen Eisenbahner in große Erbitterung versetzt. Der Hauptvorstand des DGB hat alle Anstrengung gemacht, den Kampf zu verhüten. Die Eisenbahner sind aber entschlossen und werden nicht zurückweichen.

Es ist Pflicht des DGB-Hauptvorstandes, nachdem auch anderwärts (Berlin usw.) der Wille zum Kampf zum Ausdruck kam, sich mit aller Kraft hinter die streikenden Eisenbahner zu stellen.

## Bericht der Zentralstreikleitung.

Der angekündigte Streik der Eisenbahner hat Sonnabend mittags 12 Uhr eingesetzt. In der Hauptwerkstätte Dresden-

Friedrichstadt fand vormittags 11 Uhr eine Betriebsversammlung statt. Hier wurde die letzte, durch die Presse bekanntgegebene Stellungnahme der Instanzen des Deutschen Eisenbahnerverbandes der Belegschaft mitgeteilt und auch die ungünstigen Mitteilungen ungeschminkt zum Vortrag gebracht. Ein Antrag auf Urabstimmung über die Beteiligung am Streik wurde gegen 20 Stimmen abgelehnt. Die Belegschaft verließ unter lebhafter Beifallsstimmung den Betrieb. Sorett steht die Belegschaft der meisten Werkstätten im Streik, es finden noch Abfertigungen an den Rangierbahnhöfen statt. Der Verkehr wird noch heute ausgegebener Weisung um Mitternacht 12 Uhr eingestellt sein. Am Streik beteiligt sind Mitglieder aller Organisationen, Arbeiter und Beamte. Die Bewegung nimmt an Ausdehnung zu. Die Stimmung der Streikenden ist vom Zustand der Belegschaft in den einer restlosen Hingabe umgeschlagen. An der Regierung ist es nun, durch Entgegenkommen die Bewegung zu einem schnellen Abschluß zu bringen. Laut einem Rundschreiben der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Mitteilung der Reichsgewerkschaft werden diese Instanzen ihre Mitglieder wohl sicher zur Beteiligung am Streik aufrufen.

Die Zentral-Streikleitung von Groß-Dresden.

## Die DGB. solidarisch.

Eine von über 1000 Personen besuchte Mitgliederversammlung der Ortsgruppe der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnen und Angewandter, die zur Feuerungsaktion und zur Streiklage Stellung nahm, beschloß heute vormittag einstimmig, in den Streik einzutreten, wenn bei den am Dienstag in Berlin stattfindenden Verhandlungen die Forderungen der Eisenbahner von der Regierung abgelehnt werden sollten. Die Kollegen, die sich bereits am wilden Streik beteiligten, sollen unbedingt von der Reichsgewerkschaft gedeckt werden.

## Der Streik der Freiburger Uhrenarbeiter beigelegt.

Als die Betriebsräte am Sonnabend der Direktion der Ver. Freiburger Uhrenfabriken ein Telegramm unterbreiteten, wonach die Verhandlungen im Schwarzwald einen günstigen Verlauf nehmen, lehnte die Firma jede Verhandlung ab. Eine ganze Anzahl von Arbeitern erhielt schon ihre Entlassungspapiere. Am Sonntag vormittag wurde die Streikkommission zur Firma gebeten. Hier kam zum Ausdruck, daß die Firma bereit ist, die Forderungen auf Grund der Schwarzwälder Verhandlungen zu bewilligen. Die Streikleitung stimmte dann unter der Voraussetzung, daß keine Maßregelungen getroffen werden, zu. Die Arbeit wurde Montag vormittag 9 Uhr wieder aufgenommen.

Der entschlossene Wille, zu kämpfen bis zum Sieg, hat den Unternehmern, die für ihren Geldbeutel sorgten, Respekt eingejagt.

## Die Erleichterung der Reparationszahlungen und das deutsche Proletariat.

Von H. Friedrich-Berlin.

Die Konferenz von Cannes war ursprünglich geplant als eine Fortsetzung der Londoner Besprechungen zwischen Lloyd George und Horne einerseits und Briand und Doumer andererseits über das Reparationsproblem. Englische, französische, belgische, italienische und griechische Vertreter waren zu dieser Konferenz zusammengekommen. Es war der Sieg des englischen Interesses, daß die Besprechungen in Cannes sich vor allem um die Frage des „Wiederaufbaus Europas“, nämlich um die „Erstheilung“ Sowjetrußlands drehten. Italien, dessen Wirtschaft ähnlich wie die Englands unter einer ungeheuren Absatzkrise darniederliegt, hat England dabei unterstützt. Englische Presseäußerungen, noch mehr aber die Riffern des Niedergangs der englischen Ausfuhr an Kohle, Eisen, Stahl und Textilwaren, die Zahl der stillgelegten Hochöfen und Eisenhütten, das wachsende Heer der Arbeitslosen, das heute in Großbritannien auf 1.830.000 Proletarier angewachsen ist, sprechen eine bereite Sprache über das Lebensinteresse, das England an dieser Umbiegung der Reparationsverhandlungen hat.

Dadurch, daß die französische Regierung der Einladung Sowjetrußlands zur Wirtschaftskonferenz nach Genua zugestimmt hat, hat sie mit ihrer bisherigen Politik Rußland gegenüber, dem militärischen Aufmarsch in Polen und Finnland, der offenen Unterstützung Denikins und Wrangels gegenüber, Frankreich maßte auf die englischen Vorschläge einzugehen, um zu verhindern, daß sonst England allein an die Erleichterung Sowjetrußlands herantreten und dadurch seine europäische Machtposition berart erweitern würde, daß Frankreich demgegenüber ausgespielt hätte.

Die Richtlinien aber, die der offizielle „Temos“ vom 7. Januar für die Konferenz von Cannes aufgestellt hat, zeigen, daß die Interessen Frankreichs, vor allem die Höhe der Zahlungen Deutschlands waren. Die gewaltige Schuldenlast den Vereinigten Staaten gegenüber, das Defizit im Budget, das auch für das kommende Jahr mit mehr als 3 Milliarden Frank. eingestellt wird, zwingen Frankreich, an den Zahlungen Deutschlands zähe festzuhalten, an den Sachlieferungen und an den „in Gold“, d. h. in nicht deutschen Devisen.

Diese Interessen Frankreichs und Englands haben den Charakter der Konferenz von Cannes bestimmt. England, in dessen Budget die deutschen Reparationszahlungen noch keine 4 Prozent ausmachen, konnte großzügig auf seinen Teil verzichten. Das Ergebnis der Konferenz von Cannes in der Reparationsfrage war:

1. eine „Erleichterung“ der deutschen Zahlungsbedingungen;
  2. Garantieforderungen an die deutsche Regierung.
- Nach dem Londoner Abkommen war Deutschland verpflichtet, für das Jahr 1921 insgesamt 1 Milliarde Goldmark zu zahlen. Für das Jahr 1922 war ursprünglich vorgesehen, daß Deutschland erstens 2 Milliarden in Gold, d. h. in Devisen, zweitens 1,2 bis 1,5 Milliarden in Sachlieferungen zahlte, insgesamt also mehr als 3 Milliarden Goldmark.

In der Konferenz von Cannes sollte diese Summe für das Jahr 1922 zum Teil gestundet werden, natürlich gegen entsprechende Garantien Deutschlands. Es war anfangs vorgesehen, daß Deutschland in diesem Jahr statt der genannten 2 Milliarden Goldmark nur 27 Millionen zahlen sollte, daß dagegen die Sachlieferungen im vorgesehenen Umfang geleistet oder sogar noch erweitert würden. Selbst diese provisorische Regelung ist in Cannes nicht zustande gekommen. Zustande gekommen ist lediglich eine Regelung für das nächste Halbjahr. Diese Regelung besagt, daß Deutschland außer den vorgeschriebenen Sachleistungen vom 18. Januar ab alle zehn Tage je 31 Millionen Goldmark zu zahlen habe, für das kommende halbe Jahr also bereits mehr als eine halbe Milliarde Goldmark. Dabei hat sich aber der Oberste Rat ausdrücklich vorbehalten, jederzeit diese Regelung zu zerbrechen und die gestundeten Summen mit vierzehntägiger Frist nachzufordern.

Diese Ziffern zeigen, daß die Reparationslast, die bereits im vergangenen Jahre unerträglich schwer auf der Masse der werktätigen Bevölkerung Deutschlands ruhte, 1922 noch bedeutend größer wird.

Verknüpft mit dieser „Erleichterung“ ist aber die Forderung der Entente nach „Garantien“. Die deutsche Regierung hat binnen vierzehn Tagen der Reparationskommission einen Plan vorzulegen, wie sie glaubt, die Reparationszahlungen Deutschlands mit dem deutschen Budget in Einklang zu bringen.



Was dieser Bericht für das deutsche Proletariat bedeutet, das ging aus den Ausführungen des Finanzministers Hermes und aus der Rede Dr. Rathenau in Cannes deutlich hervor:

1. Es soll das Defizit der großen Reichsbetriebe, der Reichseisenbahn und der Reichspost, beseitigt werden.

Da die Reichseisenbahn beim Bezug aller ihrer Materialien vor allem von Kohle, Stahl und Eisen durch die Kohlen- und Eisenerzmonopole ausgenutzt wird und da eben diese Kohlen- und Eisenerzmonopole seit langem danach trachten, die Eisenbahnen dem Reich zu entreißen und unter ihre eigene Regie zu bringen, so ist der Versuch der Regierung zur Ausschließlichkeit verurteilt und bedeutet nur, daß die Chancen der deutschen Kohlenbarone und Eisenerzmonopole viel aussichtreicher geworden sind.

2. Die Steuerlast des Jahres 1921 soll nach Angabe Dr. Rathenau verdoppelt werden.

Hermes hat bereits angekündigt, daß die deutschen indirekten Steuern um weitere 12 Milliarden Mark vermehrt werden sollen. Die sozialdemokratische Partei ist schon dabei, sich auf ein entsprechendes Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien einzulassen. Sie hat damit endgültig die Forderung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nach Erfassung der Sachwerte durch das Reich, eine Forderung, die die proletarischen Massen in den Betrieben und in Versammlungen immer wieder erhoben haben, endgültig fallen gelassen.

3. Die Zuschüsse des Reiches für Verbilligung der Lebensmittel, vor allem für Brot und Mehl, sollen in Zukunft verschwinden.

## Politische Uebersicht.

Lloyd George über Englands Politik.

Ueber Lloyd Georges große Rede meldet die „Rote Fahne“:

Vor einer 6000köpfigen Zuhörerschaft, stürmisch begrüßt, hielt Lloyd George heute auf der Nationalliberalen Konferenz in der Central Hall in Westminster seine mit Spannung erwartete große Rede: Die Lage der Welt? Wir haben einen erschütternden verwirrenden Krieg hinter uns. Der Handel der ganzen Welt befindet sich in einer schlimmeren Lage als je. In unserem Lande sind zwei Millionen Erwerbslose, in den Vereinigten Staaten noch viel mehr. Warum? In der Welt besteht größeres Bedürfnis nach unseren Waren als je zuvor, jedoch weniger Nachfrage. Nicht, daß die Welt den Reichtum nicht erzeugen kann, der sie in den Stand setzen würde, diese Waren zu bezahlen, wenn Kredite erhältlich wären, aber Kredit ist unmöglich ohne Vertrauen und Stabilität. Das Problem, dem Groß-Britannien und die ganze Welt sich gegenübergestellt sehe, kann in einem Satz zusammengefaßt werden: Wiederherstellung des internationalen Vertrauens. (Beifall.) Internationales Vertrauen ist die Grundlage des internationalen Handels. Wir sind ein Land, das vor allem vom internationalen Handel abhängt. Unsere Lasten werden unerschütterlich werden, und Bankrott wird der Welt ins Angesicht treten, wenn keine Aktion ergriffen wird und zwar eine internationale Aktion, nicht nur die Aktion eines Landes, sondern die aller Länder. (Beifall.) — Die Washingtoner Konferenz ist ein bedeutender Beweis gewesen, ein Beispiel, dem man folgen muß.

Ueber die Frage der deutschen Reparationen sprechend, erklärte Lloyd George, er gehöre nicht zu denjenigen, die der Ansicht seien, daß Deutschland die Zahlung dieser Summe erlassen werden müsse. Deutschland solle bezahlen und Deutschland könne bezahlen. Deutschland leide wie jedes andere Land unter dem großen Zusammenbruch des internationalen Handels. An anderer Stelle nach Groß-Britannien hänge Deutschland mehr vom internationalen Handel ab, als jedes andere Land. Deutschland aber leide nur zeitweilig. Mit dieser Frage könnten sich die Sachverständigen befassen. Tatsächlich seien die Sachverständigen auch, bevor die Konferenz von Cannes auseinanderging, zu einer Vereinbarung gelangt, die seiner Ansicht nach befriedigend sei, und die keine Grundlage für Deutschland anerkennen würde. Lloyd George sagte weiter: Wir haben uns vorläufig darüber geeinigt, und ich hoffe, daß etwas dergleichen auch später geschehen wird, wenn keine Lücke dazwischen kommt.

Lloyd Georges Rede zeigt die Grundlinie der Politik Englands. Die Kräfte der europäischen Wirtschaft zeigen die englische Postgeiz, sich neue Ausnahmestellung zu erschaffen. Deshalb ist Sowjet-Rußland das Hauptanliegen der europäischen Politik. Mit Hilfe der „internationalen Aktion“, von der Lloyd George spricht, d. h. eines internationalen Konsortiums der Kapitalisten, heißt England das proletarische Rußland in eine Kolonie umzuwandeln, die dem sterbenden Kapitalismus neue Lebenskräfte zuführen soll.

Deutschland soll nach dem englischen Plan in höchst kurzem eingegliedert werden. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands würde auf diesem Wege nicht erleichtert werden. Lloyd George stellt übrigens ausdrücklich fest, daß Deutschland die Reparationen bezahlen muß, nur die deutschen Kapitalisten würden sich bereichern. Die deutsche Bourgeoisie aber hat es verstanden, eine selbständige Außenpolitik zu betreiben; sie begnügt sich damit, den Stiefel zu drehen, der das russische Proletariat treten soll. Die Arbeiter müssen auf der Hut sein. Der „internationalen Aktion“ der Kapitalisten muß die internationale Aktion der Arbeiterklasse entgegengehalten werden.

Die MSP. zur Reichsregierung.

In einem Briefe der Berliner „Rote Fahne“ sagt W. J. in Dittmann sich mit dem Verhalten der Unabhängigen Sozialdemokraten zur Reichsregierung Wirth an. Darin schreibt er sich mit den Reichsregierungsmitgliedern zusammen auf einer Bank, um das Kabinett Wirth zu kritisieren und zu sagen. Es muß ihm nichts dabei sein, daß dies eine ge-

wöhnliche Front mit Stimmes bedeutet, denn die Sozialdemokratie hat bereits der Deutschen Volkspartei zugehört im Grunde auf die Erfassung der Sachwerte verzichtet und Herr Dittmann ist bereit, jeden Schwindel mitzumachen, der auf Kosten der Arbeiter geht. Sein unabhängiges Gewissen beruhigt er einfach mit der Phrase einer sogenannten „oppositionellen Grundeinstellung“ der Partei gegenüber der Regierung“, wobei die Grundsätze in der Praxis nicht gehen. Herr Stimmes und Herr Wirth werden sich die „oppositionelle Grundeinstellung“ bei so langer Unterstützung ihrer Arbeiterfeindlichen Politik gern gefallen lassen; aber die Arbeiter in der MSP. werden dafür sorgen, daß in den Lebensfragen des Proletariats nicht wieder der Verrat der Führer triumphiert.

## Löbe zum Steuerkompromiß.

Reichstagspräsident Löbe sprach in einer sozialdemokratischen Betriebsversammlung der AGO-Berlin über die allgemeine Lage.

Nachdem er Böhmers mit dem Grafen Westarp, verächtlich hatte, sang er ein Loblied auf die Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth.

## Rußland-Hilfe.

Die Sammlungen der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland 150 Millionen Mark überschritten!

Trotzdem die proletarische Hilfsaktion für die hungernden Arbeiter und Bauern schon über ein halbes Jahr dauert, wird sie in den meisten Ländern mit Eifer und unerschöpflicher Energie fortgesetzt. So, in einzelnen Ländern, so in Frankreich, Italien, Schweden, Norwegen, Holland, Südafrika, Amerika und Argentinien, hat die Aktion in letzter Zeit unter dem Einfluß der internationalen Konferenz in Berlin erneut an Aktivität gewonnen. In allen Ländern sind die Arbeiterhilfskomitees dazu übergegangen, außer Sammlungen an Bargeld solche von Kleidern, Schuhen, Bekleidungs- und anderen Sachen durchzuführen. Von Deutschland allein sind 12 Eisenbahnwaggons mit gebrannten Kleidern, darunter 15 000 Paar reservierte gute Schuhe nach Rußland abgegangen; von der Schweiz 5, von Holland 7 Waggons. In Frankreich wird gegenwärtig ein ganzer Eisenbahnzug zusammengepackt, der über West-Sibirien die gesammelten Sachen den französischen Arbeiter nach Sibirien bringen soll.

Aus den letzten Berichten, die bei dem Auslandskomitee zur Organisation der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland (Berlin, Mühlener Ufer 3) eingegangen, geht hervor, daß der Betrag der von seinen nationalen Komitees gesammelten Gelder und Sachen die immerhin respektable Summe von über 150 Millionen Mark

ausmacht. Die einzelnen Länder sind daran mit folgenden Summen beteiligt: Amerika (Komitee der Arbeiter für Sowjetrußland in New York) 60 Mill., Frankreich 20 Mill., Schweiz 7,6 Mill., England 4 Mill., Japanisches Komitee (Kommission des Komitees nach der Spaltung des amerikanischen) 5 Mill., Dänemark 3,5 Millionen, Deutschland 4 075 000 Mark (davon Arbeiterhilfskomitee 4 Mill., Arbeiterkomitee 500 000 Mark, Sibirisches Arbeiterhilfskomitee 500 000 Mark), Norwegen 1,5 Mill., Ungarn 1,5 Mill., Belgien 0,3 Mill., Dänemark 3 000 Mark, Spanien 550 000 Mark, Amerika (Sozialistische Partei Brasilien) 15 000 Mark, Argentinien 2 Mill., Südafrika 2 Mill., Japanische Hilfsaktion in Europa 30 000 Mark. Dazu eine Reihe von Beträgen von Privaten, Ehrenkomitees usw., direkt an das Auslandskomitee und 2 500 000 internationaler Kronen, 5 Millionen polnische Mark und kleinere Beträge.

Für das gesammelte Geld werden bis zu 15 Schiffstransporte mit insgesamt 6 Mill. Kilogramm Lebensmittel, 50 000 Kilogramm Kleider, Schuhe, Bekleidungsgegenstände, die gesamte Ausrüstung für 15 Familien und die gesamte Einrichtung für ein Kinderheim mit Lebensmitteln für mehrere hundert Kinder auf vier Monate nach Rußland geschickt. Weitere Transporte sind in Vorbereitung.

Die Aktion geht weiter, und das internationalen Komitee richtet an alle Arbeiterparteien, Gewerkschaften, Genossenschaften und Einzelpersonen den dringenden Appell, in ihrem Höflichkeit für die hungernden Arbeiter und Bauern in England nicht zu erlahmen.

Für das Auslandskomitee zur Organisation der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland.  
Der Sekretär: Billy Ringberg.

Das Thema betrifft, es ist nicht die Endsumme, die wir zu bezahlen haben, entscheidend, sondern nur was wir in den Jahren 1922 bis 1924 zahlen müssen. Deutschland muß sofort Schritte machen. Cannes hat festgestellt, daß das Deutsche Minimum unzulässig ist. Die Ermäßigung um 40 Prozent ist ein bloßes Versprechen. Die Ermäßigung um 40 Prozent ist ein bloßes Versprechen. Die Ermäßigung um 40 Prozent ist ein bloßes Versprechen. Die Ermäßigung um 40 Prozent ist ein bloßes Versprechen.

Das Thema betrifft, es ist nicht die Endsumme, die wir zu bezahlen haben, entscheidend, sondern nur was wir in den Jahren 1922 bis 1924 zahlen müssen. Deutschland muß sofort Schritte machen. Cannes hat festgestellt, daß das Deutsche Minimum unzulässig ist. Die Ermäßigung um 40 Prozent ist ein bloßes Versprechen. Die Ermäßigung um 40 Prozent ist ein bloßes Versprechen. Die Ermäßigung um 40 Prozent ist ein bloßes Versprechen. Die Ermäßigung um 40 Prozent ist ein bloßes Versprechen.

Das Thema betrifft, es ist nicht die Endsumme, die wir zu bezahlen haben, entscheidend, sondern nur was wir in den Jahren 1922 bis 1924 zahlen müssen. Deutschland muß sofort Schritte machen. Cannes hat festgestellt, daß das Deutsche Minimum unzulässig ist. Die Ermäßigung um 40 Prozent ist ein bloßes Versprechen. Die Ermäßigung um 40 Prozent ist ein bloßes Versprechen. Die Ermäßigung um 40 Prozent ist ein bloßes Versprechen. Die Ermäßigung um 40 Prozent ist ein bloßes Versprechen.

Das Thema betrifft, es ist nicht die Endsumme, die wir zu bezahlen haben, entscheidend, sondern nur was wir in den Jahren 1922 bis 1924 zahlen müssen. Deutschland muß sofort Schritte machen. Cannes hat festgestellt, daß das Deutsche Minimum unzulässig ist. Die Ermäßigung um 40 Prozent ist ein bloßes Versprechen. Die Ermäßigung um 40 Prozent ist ein bloßes Versprechen. Die Ermäßigung um 40 Prozent ist ein bloßes Versprechen. Die Ermäßigung um 40 Prozent ist ein bloßes Versprechen.

gewissen Grade mit uns, um das Kabinettskabinett Wirth möglich zu machen. Ohne ihre Hilfe kann der Sturz jeden Tag erfolgen. Zum Schluss gibt Löbe der Hoffnung Ausdruck, daß das Kabinett Wirth bleibe, um den erfolgreichen Schritt von Cannes fortsetzen zu können.

Löbe will also auch sicher die Befreiung des arbeitenden Volkes, als einen entscheidenden Kampf für die Erfassung der Sachwerte. Eine Reichsausschließung dünkt ihm zu gefährlich. Das Kabinett Wirth könne schon am Willkürherrschaft werden — nun wohl, führen wir es. Die gesamte Arbeiterschaft, und nicht nur die revolutionäre, wird ammarschieren unter dem Kampfruf: „Der mit der Erfassung der Sachwerte — die Macht in die Hände der Arbeiter.“

Nicht, oder auf absehbarer Zeit nicht wieder ist die Möglichkeit gegeben, die 10 Punkte des ADGB zu verwirklichen.

## Das Eisenbahnfinanzgesetz.

Die „Morgenzeitung“ meldet: Am kommenden Montag tritt der Organisationsausschuss beim Reichsverkehrsministerium wieder zusammen, um die Beratungen über den Entwurf des Eisenbahnfinanzgesetzes zu Ende zu bringen. In großen Zügen ist der Gesetzentwurf jetzt durchgearbeitet worden, und es soll in der kommenden Woche noch Reichsminister a. D. Professor Preuß als Sachverständiger über gewisse staatsrechtliche Konfliktmöglichkeiten gehört werden. Das Ausschussmitglied Professor Preuß soll die Möglichkeit erörtern, welche Schwierigkeiten bei Streitigkeiten zwischen dem Reichstag einerseits, dem Reichsverkehrsminister, dem Organisationsausschuss oder dem Verwaltungsrat auf der anderen Seite ausstünde. In der kommenden Woche sollen auch Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsminister und dem Reichsfinanzminister über Fragen der Schuldverwaltung, der Anleihebegebung, der Kriegslasten usw. erörtert werden, da in dem Entwurf über viele Gebiete die Kompetenz der beiden Ressorts noch nicht festgelegt ist.

Die Regierung Wirth hat es verstanden, nur alle die Maßnahmen, die zur Ausbeutung und Knebelung der Arbeiter dienen, durchzuführen. Die Entlastung über Erfassung der Wertschöpfung, Verhinderung der Kapitalverdrängung, können aus technischen Gründen nicht so schnell durchgeführt werden. Die Arbeiterschaft muß diesem Ausbeutungszug mit scharfsten Waffen entgegenstellen.

## Schlesische Rundschau.

Und wieder ein Klassenurteil.

Die Justiz der Ebert-Revolution kämpft bemüht immer und immer wieder zu demonstrieren, daß die von der Arbeiterschaft geordnete Bezeichnung „Klassenjustiz“ voll und ganz zutrifft. Deshalb verurteilt keine „oder, wo nicht ein besonders ins Auge fallendes „Klassen“ Urteil gefällt wird.

Vor der Breslauer Strafkammer stand im Sonnabend unser Genosse Paul Pabel aus Bunzlau. Man beschuldigte ihn eine Behörde mit Ermordung bedroht zu haben. Der Sachverhalt war folgender: Bei der Festnahme eines Mannes im Juli 1921 bildete sich ein großer Menschenauflauf und es entstand das Gerücht, der Verhaftete sei ein politischer Flüchtling und zu Unrecht verhaftet worden. Der Genosse Pabel ging zur Polizei und verlangte die sofortige Freilassung des Inhaftierten. Wenn die Freilassung nicht erfolge, würde die revolutionäre Arbeiterschaft aufgerufen werden und auf die Haftentlassung dringen. Diese Tatsache veranlaßte das Gericht, den Genossen Pabel zu 3 Monaten Gefängnis zu verurteilen.

3 Monate Gefängnis weil er sich für die Freilassung eines, seiner Ansicht nach unrecht Verhafteten, einsetzt. Als Gegenstück ist folgendes Urteil von Interesse.

Das Erfurter Schöffengericht verurteilte den Landwirt Albert Starke aus Grünungen wegen schriftlicher Ermordung zu 6 Wochen Gefängnis, sowie wegen unrichtigen Waffentragens zu 100 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte, ein innerer Mann, hatte am 21. August d. J. in früher Morgenstunden auf seinem Kuntelröhrenfeld den Arbeiter August Pusch aus Grünungen überrascht und, als der Mann auf Anruf nicht stehen blieb, einen Revolver auf ihn abgefeuert. Er fiel und war dem Pusch in den Unterleib gedrungen. 4 Tage danach trat der Tod ein. Dem Verurteilten wurde unter der Bedingung Strafausstand bewilligt, daß er die Familie des Verstorbenen entschädige.

1 1/2 Monate Gefängnis für einen bürgerlichen Arbeiter und 3 Monate Gefängnis für einen Kommunisten, der von seinem Solidaritätsgefühl geleitet, die Freilassung eines Inhaftierten erzwingen wollte. Es hieß: Guten nach Allen tragen, da noch weitere Worte zu verlieren. Wie fragen wir: Ist das Klassenjustiz oder nicht? Für das Proletariat rufen wir die weitere Frage, wie lange will sich die Arbeiterschaft diese provokierende Haltung der demokratischen Justiz gefallen lassen? Die Führer der SPD verurteilen nach der Ermordung Erberts mit dafür einzutreten, daß die Justizbehörden einer gründlichen Revision unterworfen würden. Des Resultat? Nein! Klassenurteile. So lange das jetzige System, die kapitalistisch-demokratische Eberts nicht besteht, solange werden die Behörden, einschließlich der Justiz, auf den Willen der Arbeiterschaft stehen, weiter reaktionär bleiben und werden die Richter weiter Klassenurteile fällen.

## Zum Kapitel Wohnungsnot.

Der Reichshausbau-Kommission hat am 10. in seiner letzten Sitzung, bei der Stadivordnungen-Konferenz zu beantragen, einen Mietschutz mit Wohnungsbau zu erlassen. Die sich in Berlin im Sommer ausbreitenden, wasserführenden Schieber und Auswerter sollen durch militärische Disziplin zu einer guten Rolle eine ungenutzte Unterhaltung haben, um die Sommerhäuser besser verwenden zu können. Was ist also der Meinung, daß dieser Feld vorhanden ist. Für den Bau von Wohnhäusern aber, so auch in Rügenhals bitter notwendig sind, ist kein Geld da.



# Wer herrscht in Rußland?

Die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten, mit deren Steuergroschen hier wieder mal Schindluder getrieben werden soll, müssen auf den Plan treten und energisch gegen diese offensichtliche Verhöhnung der Weisheit protestieren. Wir brauchen jetzt keine Unterhaltungsstätte für das kapitalistische Geschmeiß, wir brauchen Wohnungen.

## Wir schreiben!

Zum Sonntag, den 15. Januar hatte die Ortsgruppe Gohrau eine öffentliche Versammlung nach Göllschau einberufen, in der Genosse Graf über die neuen Steuern und die Not der Landarbeiter sprach. Es waren über 80 Personen erschienen, die gespannt den Ausführungen des Referenten folgten. Starker Beifall folgte den Ausführungen. Eine Diskussion fand nicht statt. Als Erfolg können wir 5 Renaufnahmen buchen, sodaß wir jetzt eine Ortsgruppe Göllschau aufbauen können, da schon eine Anzahl Genossen vorhanden waren.

Die bürgerliche und SPD. Presse schwätzt vom Versall der SPD. Das selbige Kind bekommt dralle Baden. Am Sonnabend, den 14. Januar fand eine Versammlung in Adelsdorf bei Gohrau statt, die von 120 Personen besucht war und die den Ausführungen des Referenten begeistert zustimmte.

## Die notleidenden Agrarier und die fleisch-fressenden Arbeiter.

In Wärsdorf-Trach, im Kreise Gohrau, herrscht auf seinem Herrenhof der „edle“ Graf von Nollisch-Trach. Bekanntlich betrachten sich die Krautjunker als die alleinigen und wahrhaftigen Patriotpatronen. Nur verstehen die Ritter von der Milngabel unter Patriotismus etwas ganz anderes, als es eigentlich ist. Für sie ist nämlich Patriotismus gleichbedeutend mit Profit. Verdienen wird bei ihnen groß geschrieben. Deshalb hat auch der edle Herr Graf von Nollisch-Trach während des Krieges 80 Morgen Ackerland nicht mehr mit Getreide bebaut, sondern in Viehweiden und einen Fischteich umgewandelt. Wenn auch dadurch dem Volke das während des Krieges fast ausschließlich auf die Getreideproduktion des Inlandes angewiesene war, Tausende von Hektar Brotgetreide verloren gingen und als Folge davon Hunderte von Kindern an Unterernährung starben, was macht das einem Grafen aus. Ein paar Proletarierkinder mehr oder weniger, das ist für diese Herren nicht so wichtig. Noch wichtiger ist ihnen, daß ihr Profit immer größer wurde und noch wird.

Als nun kürzlich die K.P.D. im Bereiche des „edlen“ Herrn Grafen in Wärsdorf eine Versammlung abhielt, war auch dieser mutige Vaterlandsverteiler erschienen. Aber nicht allein, so weit reichte der Mut nicht. In Begleitung seines Stabes, des Güterdirektors, des bewaffneten Genarmen usw., hörte er sich das Referat des Genossen Graf an. Als dieser auf die Mißwirtschaft und Ernährungsabotage des Herrn Grafen zu sprechen kam, wurde der gnädige Herr Graf recht ungnädig. Davon wollte er nichts hören und gab seiner Unzufriedenheit durch die erregtesten Zwischenrufe Ausdruck. Das hinderte den Referenten nicht, diesem Patriotpatronen unter dem größten Beifall der Versammlung ordentlich die Meinung zu sagen und ihn auf das Verwerfliche seines Tuns hinzuweisen. Seinem provokatorischen Auftreten fehlte jedoch dieser Agrarier in Kleinkultur die Krone auf, als er rief: „Die Arbeiter sind diejenigen, die das meiste Fleisch kaufen!“ Eine gehörige Abfuhr blieb natürlich nicht aus. Gepannt wartete alles auf die freie Aussprache. Doch siehe da, der mutige Herr Graf schweig sich aus.

Warum wohl? Wenn er von der Wichtigkeit seiner Handlungen überzeugt war, hätte er sich doch rechtfertigen können. Warum unterließ er es also?

Landarbeiter und Kleinbauern! Ihr seht an diesem Beispiel, wie diese Herren von und zu, die die Kommunisten mit Haut und Haar aufstreffen wollen, beschaffen sind. Wenn ihr ernstlich beabsichtigt seid, die Macht dieser Ausbeuter und Raubtierherren Hände Arbeit zu brechen, dann schließt die Reihen. Hinein in die kommunistische Partei, vereinigt Euch mit den Arbeitern in der Stadt (die genau so wie ihr ausgepöbelt werden) zum gemeinsamen Kampf gegen alle Unterdrücker und Ausbeuter.

## Aus der Partei.

### Rußlandhilfe.

Es gingen nachstehende Beträge ein: Jauer 40.— M., Breslau (Distrikt 6) 38,50 M., Breslau (Mitaliederer-sammlung am 20. 12. 21.) 107.— M., Neukirch 20.— M., Himmstedt 100.— M., R. S. 10.— M., Herr L. 5.— M.,

## Die Mutter.

### Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Übersetzt von Adolf Doh.

„Nein doch,“ erwiderte der Kleinrusse, aus dem Zimmer gehend. „Kommen Sie zu Fuß?“

„Natürlich! Sind Sie Pawels Mutter? Ich grüße Sie. Ich heiße Kataltscha.“

„Und Ihr Vatername?“ fragte die Mutter. „Wassiljewna... Und wie heißen Sie?“

„Relagea Nikolowna.“

„Aha, da sind wir miteinander bekannt geworden.“

„Ja!“ sagte die Mutter mit einem Seufzer und blickte das Mädchen lächelnd an.

Der Kleinrusse half ihr beim Auskleiden und fragte: „Ist es kalt?“

„Auf dem Felde sehr! Starker Wind...“

Ihre Stimme war sacht, hell, ihr Mund klein, voll, und ihre Gestalt rund und frisch. Nachdem sie sich ausgekleidet, rieb sie mit ihren kleinen, von der Kälte geröteten Händen kräftig die roten Wangen, ging mit kleinen, schnellen Schritten im Zimmer auf und ab und stampfte laut mit den Füßen auf den Fußboden.

„Sie geht ohne Galoschen!“ blühte der Mutter durch den Kopf.

„Ja-a...“ sagte das Mädchen gedehnt. „Bin schön durchge-waschen!“

„Ich werde Ihnen gleich den Samowar wärmen,“ sagte die Mutter schnell und trat in die Küche. „Sofort...“

Es kam ihr vor, als wenn sie dieses Mädchen längst kannte und als gute, mitleidige Mutter liebte. Sie freute sich über ihren Anblick, malte sich die blauen, etwas blinzelnden Augen des Kindes aus und lächelte zufrieden, indem sie der Unterhaltung im Zimmer lauschte.

„Warum sind Sie so verdrießlich, Nachodka?“ fragte das Mädchen.

Von A. R. (Moskau). Die neuen allrussischen Kongresse der Sowjets bezeichnen wichtige Etappen in der Entwicklung der russischen Revolution. Es erscheint uns wichtig, ihre charakteristischsten Haupttatsachen und ihre Arbeiten anzugeben.

### 1. Kongreß 13. bis 24. Juli 1917.

1090 Delegierte, 822 beschließende und 268 beratende Stimmen. Die Delegierten verteilten sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: Sozialrevolutionäre 585, Menschewiki 248, Bolschewiki 105, Internationalisten 32, Vereinigte Sozialdemokraten 10, Jüdischer Bund 10, Gruppe Plechanow 8, Bolschewik-Sozialisten 3, Trabantisten 5, Anarchisten-Kommunisten 1.

Beschlossene Resolutionen: Ueber die finanziellen Hilfsmittel der Sowjets; über die bolschewistischen Rundgebungen; über die des Kongresses selbst; über die Haltung, die zu beobachten ist gegenüber der provisorischen Regierung; über die Agrarfrage und die Landkomitate; über die ukrainische Frage; über den Antisemitismus; über den Krieg.

### 2. Kongreß 26. bis 27. Oktober 1917.

673 Deputierte, die Mehrzahl Bolschewiki und linke Sozialrevolutionäre. Uebernahme der Staatsgewalt. Resolutionen über die Arbeiter- und Bauernregierung; über den Frieden; über die Sozialisierung der Ländereien; über die Abschaffung der Todesstrafe; über die Bildung einer revolutionären Armee.

### 3. Kongreß 10. Januar 1918.

Mehr als 1000 Delegierte, in großer Mehrheit Bolschewiki und linke Sozialrevolutionäre. Die Auflösung der Konstituante wird gebilligt. Annahme der Erklärung der Arbeiterrechte.

### 4. Kongreß (Kuhzerordnete Sitzung) 14. März 1918.

Mehr als 1000 Delegierte; Bolschewiki 64 Prozent. Ratifikation des Vertrages von Brest-Litowsk.

### 5. Kongreß 4. bis 10. Juli 1918.

1118 beschließende Stimmen; Bolschewiki 775, linke Sozialrevolutionäre 363, Rechte Sozialrevolutionäre 1, Maximalkisten 17, Anarchisten 4, Internationalisten (Sozialdemokraten) 14, Dagegen 1, Parteilose 10.

Revolte der Linken Sozialrevolutionäre. Resolutionen über die Politik der Verproletarianierung; Requisitionen; Bildung von Ausschüssen der Verproletarianierung; über die Organisation der Roten Armee; über die Befassung der Sowjets.

### 6. Kongreß 6. bis 9. November 1918.

914 beschließende Stimmen; Kommunisten 829, Kommunistische Sozialisten 71, revolutionäre Kommunisten 2, Bolschewik-Kommunisten 2, Maximalkisten 1, Sozialrevolutionäre 6, Parteilose 3. Friedensvorschlag an die Entente, Amnestie.

Resolutionen über die deutsche Revolution; über das Geleghenheitsmäßige der Revolution; über die Volkverwaltung der Sowjets (Komitate der bäuerlichen Armut und Landsovjets).

### 7. Kongreß 5. bis 10. Dezember 1919.

1066 beschließende, 1364 beratende Stimmen. Ungeheure kommunistische Mehrheit. Ansprache an die Rote Armee (gelegentlich des Sieges an allen Fronten).

Fraulein M. 5.— M., Petersdorf (Sammelliste Nr. 4) 242.— M., Sandberg bei Altwasser 120.— M., Dels 101,25 M., Sammelliste von Eybeler aus Landesgut 45.— M., Sammelliste N. Jantke 103.— M., Warllissa 143,50 M., Schlanb 5.— M., Werner 5.— M., Treu und Glauken 5.— M., Jugendgenosse Bleul 11 Pfd. Brotmarken, 6 Pfd. Weizenmarken.

Weitere Beträge können auf das Postfachkonto: Oswald Scholz, Breslau 13, Augustastr. Nr. 123 (Konto Nr. 12 977) eingezahlt werden.

Desgleichen bietet sich für die Ortsgruppen wiederum Gelegenheit, Lichtbildervorträge zu Gunsten Rußlands zu veranstalten. Es ist dem Reichskomitee gelungen, gute Lichtbilder und Apparate zu beschaffen, und für die Provinz Schlesien steht vom 15. Februar ab ein guter Referent zu dem Zwecke zur Verfügung. Es wird deshalb nochmals ersucht dem Bezirkskomitee spätestens bis 30. Januar Mitteilung zu machen, um die Tourneueinteilung zu regeln. Fragebogen

Resolutionen über den Frieden; über die unterdrückten Nationalitäten; über die Ausschließung von Friedlich Adler; über die Verproletarianierung; über die Krise des Holzmaterials; über den Status der Sowjets; Aufruf an die Sozialisten und Bauern.

### 8. Kongreß 22. bis 29. Dezember 1920.

1728 beschließende, 809 beratende Stimmen. Beschließende Stimmen: Kommunisten 1041, Parteilose 114, Aufruf an die Arbeiter über den Übergang zur friedlichen Arbeit. Botschaft an die Rote Armee. Resolutionen über die Beschränkung der Ausgaben für die Rote Armee. Aufruf an die Transportarbeiter, Friedensvertrag zwischen den Sowjetrepubliken von Rußland und der Ukraine.

Resolutionen über die ökonomischen Konferenzen; über den Kultus der Sowjets; über die Teilnahme der Frauen an dem Wiederaufbau der Landwirtschaft; über die Wiederherstellung der Landwirtschaft. Dekret über die Großindustrie. Dekret über die Verschmelzung der verschiedenen lokalen Wirtschaftsborgane.

### 9. Kongreß 24. Dezember 1921.

Endlich der 9. Kongreß ist eröffnet am 24. Dezember des letzten Jahres. Es nahmen teil 1819 Delegierte, darunter 1690 Kommunisten.

Im Jahre 1921 (erstes Halbjahr) hatten die Exekutivkomitees der russischen Sowjets folgende Zusammensetzung:

	Sowjets		städtische
	provinziale	ländliche Ver-waltungsborgane	
Arbeiter	35,4	27,3	48,9
Bauern	15,4	29,5	10,7
Beamte	29,3	24,5	26,8
Merzte	1,1	1,1	2,4
Justiz	0,9	0,1	0,0
Lehrer	8,7	7,1	8,9
Techniker	2,8	1,5	2,0
Studenten	3,7	8,8	4,9
Verschiedene	2,7	5,4	5,4

Im Verlaufe des ersten Halbjahres 1921 sind Provinzial- und Bezirkskongresse in ganz Rußland abgehalten worden. Ihre Zusammensetzung ist folgende gewesen (in Prozenten ausgedrückt):

dem Beruf nach	Provinzen		Bezirke
	Männer	Frauen	
Bauern	35,9	63,2	
Arbeiter	31,3	14,4	
Angestellte	23,0	16,2	
Verschiedene	9,9	6,2	
nach politischen Organisationen			
Kommunisten	74,7	41,5	
Parteilose	25,3	58,5	
Andere Parteien	0,0	0,2	
nach dem Grade der Bildung			
Schulbildung	79,0	40,8	
Fortbildungsschule	20,3	16,5	
Analphabeten	0,7	2,7	

sind den Ortsgruppenleitern bereits in Ror. Salzbrunn ausgehändigt worden.

Bezirkskomitee Schlesien, des Komitees Arbeiterhilfe für Sowjetrußland.

Die Internationale.

Wochenchrift für Praxis und Theorie des Marxismus, Begründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring. Herausgegeben im Auftrage der Zentrale der kommunistischen Partei von August Thalheimer.

Soeben erschien Heft 5.

Dieses Heft enthält die sehr wichtige Arbeit von A. Warski „Rosa Luxemburgs Stellung zu den taktischen Problemen der Revolution“, die wir allen Genossen zur Beachtung empfehlen.

Ferner enthält die Nummer: Von Cannes bis Genoa. P. Wötter: Das Begräbnis des Leipziger Aktionsprogramms. E. Pawlowski: Die scheinbare Besteuerung in Deutschland.

„Nur so...“ erwiderte der Kleinrusse halblaut. „Die Witwe hat gute Augen... da fiel mir ein, daß vielleicht meine Mutter ebensolche hat. Wissen Sie, ich denke oft an meine Mutter... und glaube immer, sie ist noch am Leben.“

„Sie haben doch gesagt, sie sei tot!“

„Ja — die Viehmutter ist tot... aber ich spreche von der wirklichen... Es kommt mir so vor, als wenn sie in Kiew bettelt und Schnaps trinkt.“

„Warum?“

„Ja, das ist nun einmal so! Und wenn sie betrunken ist, schlägen die Polizisten sie ins Gesicht...“

„Ach, du lieber Mensch,“ dachte die Mutter und seufzte. „Kataltscha sagte etwas schnell, eifrig und halblaut.“

Wieder erkante die klugvolle Stimme des Kleinrussen.

„Ach, Sie sind noch jung... haben sich noch nicht viel Wind um die Nase wehen lassen! Jeder hat eine Mutter und die Menschen sind böse. Gebären ist schwer; den Menschen aber Gutes beibringen, noch schwerer...“

„Ei, du!“ rief die Mutter innerlich und wollte dem Kleinrussen etwas erwidern, ihm sagen, daß sie gerne ihrem Sohne etwas Gutes beibringen würde, aber selbst nichts wußte. Doch da wurde die Tür schnell geöffnet, und Nikolai Wjessnowitschilow, der Sohn des alten Dichters Danilo, der in der ganzen Vorstadt als menschenscheu bekannt war, trat ein. Er wich den Leuten mütterlich aus, und alle lachten ihn bezwungen. Die Mutter fragte ihn erstaunt:

„Was willst du denn hier, Nikolai?“

Er blickte die Mutter mit seinen kleinen Augen an, wuschte mit der breiten, postennarbigem Hand sein breit-knochiges Gesicht und fragte, ohne Guten Abend zu sagen, dumpf:

„Ist Pawel zu Hause?“

„Nein.“

Er blickte ins Zimmer und atzte dann mit den Worten: „Guten Abend, Genossen!“ hinein.

„Ist der auch dabei?“ dachte die Mutter unfreundlich und wunderte sich sehr, als sie sah, daß Kataltscha ihm freundlich und freudig die Hand bot.

Dann kamen zwei junge Burschen, fast noch Knaben. Einen von ihnen kannte die Mutter; es war der Neffe des alten Fabrikarbeiters Ssifow — Fedor, mit schmalem Gesicht, hoher Stirn und Locken. Der andere, glatt frisierte und bescheidene, war ihr unbekannt, aber ebenfalls nicht schrecklich. Endlich erschien Pawel und mit ihm zwei junge Menschen, die sie beide von Ansehen kannte; es waren Fabrikarbeiter. Der Sohn sprach freundlich zu ihr:

„Du hast den Samowar aufgestellt? Schönen Dank!“

„Vielleicht soll ich Brantwein holen?“ schlug sie vor, da sie nicht wußte, wie sie ihm ihre Dankbarkeit für etwas, was sie noch nicht begriffen hatte, ausdrücken sollte.

„Nein, das haben wir nicht nötig!“ erwiderte Pawel, sich auskleidend und ihr freundlich zulächelnd.

Es schien ihr plötzlich, daß ihr Sohn die Gefährlichkeit der Versammlung absichtlich vergrößert hätte, um sie zu foppen.

„Sind das die — gefährlichen Menschen?“ fragte sie leise.

„Ja, die sind es!“ erwiderte Pawel, ins Zimmer tretend.

„Ei, du Strid!“ rief sie ihm freundlich nach und dachte leutselig: „Noch das reine Kind!“

Als der Samowar zischt und sie ihn ins Zimmer trug, sahen die Gäste in engem Kreise um den Tisch; Kataltscha aber hatte mit einem Buch in der Hand in der Ecke, wo die Lampe stand, Platz genommen.

„Um zu verstehen, warum die Menschen so schlecht leben...“ sagte Kataltscha.

„Und warum sie selbst schlecht sind,“ flucht der Kleinrusse ein.

... „muß man zusehen, wie sie zuerst gelebt haben.“

(Wochekuna folgt.)



# Jeder Genosse hilft mit

an der Entwicklung der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“, wenn er der Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, z. B. m. f. B. als Mitglied beiträgt. In allen Orten nehmen unsere Vertrauensleute Anmeldungen entgegen und geben gern nähere Auskunft!

Unter Rotzgen bringt diese Nummer eine ausführliche Auslandschronik; ferner eine Arbeit „An die Landarbeiter“ und zum Schluß eine Räucherstube.  
Wir betonen auch heute noch einmal, daß es unbedingt erforderlich ist, daß die Genossen sich ganz intensiv für die Verbreitung dieser Zeitschrift einlegen. Bestellungen hierauf sind an alle Buchhandlungen und Parteiorganisationen zu richten. Buchhandlungen und Bezirke, die sich erneut für den Vertrieb der Zeitschrift einengen, erhalten jede Auskunft sowie Probenummern und Prospekt durch V. v. O., Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten G. m. b. H., Berlin SW. 61, Dilschergplatz 211.

## „Das proletarische Kind“

Internationale Monatschrift für kommunistische Schulpolitik und Pädagogik. Mittelungsblatt für Kindergruppenleiter, Eltern und Lehrer. Herausgegeben vom Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Jugendinternationale.

Aus dem Inhalt des 1. Heftes heben wir hervor: „Was macht man mit unseren Kindern“ von H. Jiegler. Ein zweiter Artikel von Edwin Hönlke: „Schulreaktion und proletarische Elternräte“ zeigt uns die heutige Methode der Schulpädagogik, die nur den einen Zweck hat, die Arbeiterkinder zu gehoramen Staatsbürgern und gebildeten Werkzeugen der kapitalistischen Klasse zu machen. Ein Brief des Zentralkomitees der russischen Gewerkschaft der Kulturarbeit, „Die Kulturarbeitergewerkschaft in „Rußland“ macht uns bekannt mit den ungeheuren Schwierigkeiten, die Sowjet-Rußland auch in kultureller Hinsicht noch heute zu überwinden hat. Außerdem weisen wir hin auf die Artikel: „Die Volksschulpolitik der ungarischen Kommune“ von Jolantha Kelen-Fried, „Das schlesische Schullastengesetz“ von Sch., „Brauchen wir Jugendweihen“ von Gornle, „Kinderkolonien und Kindererziehung in England“. Außerdem die Rubriken: „Aus den Kindergruppen“, „Aus der Elternbewegung“ und Rotzgen.

Die Zeitschrift erscheint monatlich 32 heftig einmal und kostet, durch die Partei- oder Jugendorganisation 1,25 M., im Einzelverkauf 3,- M., durch die Post abonniert für das Vierteljahr bei freier Zustellung 9,50 M. Zustellungsstelle für Deutschland: Verlag Junge Garbe, Berlin E 2, Stralauer Str. 12.

## Neues vom Tage.

### Zum Tode des Papstes.

Der Papst in Rom ist immer noch der mächtigste Monarch der bürgerlichen Gesellschaft. Er hat hunderte Millionen von Untertanen, deren geistiges und auch politisches und wirtschaftliches Leben er maßgebend beeinflusst. Das Papsttum hat es verstanden, durch sehr geschickte Diplomatie, seine Stellung während des Weltkrieges und in der darauf folgenden Krise zu verfestigen. Papst Benedikt XV. aus der Familie der italienischen Grafen della Chiesa war am 3. September 1914 auf den päpstlichen Thron erhoben worden. Er war der Nachfolger jenes Pius X., der durch seinen ungeheuren Fanatismus die römische Kirche in arge Verlegenheit gebracht hatte. Die Weltwirtschaftskrise führt zu einem Zusammenstoß aller gegenrevolutionären Elemente der Welt. Diese Strömung wählte Papst Benedikt sehr gewandt auszunutzen. Gegenwärtig regiert in Deutschland der Zentrumsmann Brüning. Die französische Bourgeoisie ist längst in den Schöpf der Kirche zurückgekehrt. In Italien läßt die katholische Partei entscheidenden Einfluß aus. Die Aufrichtung der selbständigen Staaten Polen und Irland hat neue Hochburgen des Merkantilismus geschaffen. Die päpstliche Politik will und soll die Klassenaster Ausnützung religiöser Empfindungen unter dem Joch des Kapitalismus halten. Die harte Herausarbeitung des Klassenkampfgedankens wird die politische Macht des Papstes zerkören.

### Hamburger Epicheltraodie, letzter Akt.

In Hamburg haben unsere Genossen eine Epichelzentrale aufstellen lassen, die den Behörden und der Ortschaft regelmäßig Berichte über die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen und vor allem natürlich über die kommunistische Partei liefert. Die Enthüllungen verursachten eine große Panne für den Hamburger sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Hanse, unter dessen Herrschaft, deren ganze Epicheltraodie vor sich ging. Jetzt kommt nun der Schlußakt. Der Hauptbeteiligte Epichel Günther erweist sich als ein Belgier, der im Krieg als Spion tätig war, und dann von den deutschen Behörden falsche Papiere und eine Stellung in der Oberpostdirektion in Hamburg bekam. Die Epichel waren im Stadthaus bekannt und gingen dort ein und aus. Sie wickeln sich mit Ausweisen der Gardejägerdivision aus, als diese bereits keine Geltung mehr hatten, sie führten Waffen und hatten gefälschte Meldebüchlein und bezogen Briefmarken auf diese. Sie wollten Arbeiter zum March an Epichelkonzerten provozieren, sie hatten die Tendenz der Hamburger kommunistischen Zeitung im Brand. Sie fanden fortgesetzt mit militärischen Stellen und dem Stadthaus in Beziehungen. — Alle diese Tatsachen werden von bürgerlicher und sozialdemokratischer Presse totgeschwiegen. Wo sitzen die wahren Schulbuben? Nur eine Antwort gibt es darauf: In den Kreisen der hohen Staatsbürokratie. Sie war es, die die Epichel anstellte und dann Kolossalitäten über die „armen Arbeiterkinder“ vergossen hat. Und die SPD-Bonzen deckten dieses Treiben mit Still-Jam hundertfachen Male: Arbeiter, wie lange noch?

## Gute Zeiten für Wörder.

Bereits vor einiger Zeit ist bei der Ermordung von Rosa Luxemburg beteiligte Leutnant a. D. Krull aus der Haft entlassen worden, nachdem er das Untersuchungsgefängnis ohne weiteres als nächstbestes Hotel benutzt hatte und am Tage sich überall frei bewegen durfte. Dafür ist er eben weißgardistischer Offizier und kein Arbeiter, den man in strenge Einzelhaft während der Untersuchungszeit setzt. In lebenswichtigster Weise wurde jetzt dem Angeklagten mitgeteilt, daß die Entscheidung über die Erhebung der Anklage unmittelbar bevorstehe. Herr Krull hat also Gelegenheit, seine wertige Existenz, falls es noch nicht geschehen sein sollte, ins Ausland zu verlegen. Wenn einem Weißgardisten Unannehmlichkeiten drohen, so heißt ein Wink von rechts zur rechten Zeit schon ein.

## Ein Miesenbrand in Berlin.

Die Schokoladenfabrik Sarotti A.-G. ist durch ein verheerendes Großfeuer vernichtet worden. Der 7000 Quadratmeter umfassende siebenstöckige Miesenbau, ist mit seinen kostbaren Vorräten an Zucker, Kakao, Früchten und Spirituosen vollständig ausgebrannt. Nach Neuierungen der Branddirektoren fehlten



Sage mal Genosse, hast Du schon einen neuen Leser für Deine Zeitung gewonnen?

Nein?

Dann hole das sofort nach, damit Du nicht hinter den anderen zurückbleibst!



jestliche Sicherheitsmaßnahmen. Die Aktionäre haben Miesengewinne aus dem Unternehmen gezogen, so wurden im Geschäftsjahr 1920/21 zehn Millionen Mark Reingewinn herausgeschüttelt und 60 Prozent Dividende verteilt. Die Aktien standen im September 1921 auf 4000 und die letzte Kursnotierung an der Berliner Börse bewertete die Sarotti-Aktien mit 1812, b. h. 18 120 M. für 1000 M. Das sind mächtigste Gewinne, die die Aktionäre einheimen. Für Sicherheitsmaßnahmen war aber kein Geld da. Unverantwortlich ist es, daß sich Bau- und Gewerbesteuern nicht an diese Forderungen hämmerte.

Zurück die Brandkatastrophe sind nicht nur 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße geworfen, haben Hunderte mehr oder minder schwere Verletzungen davongetragen, sondern fast alle in der Sarottifabrik Beschäftigten mußten auch ihre Arbeitsplätze im Stich lassen, um nur das nackte Leben zu retten.

Den Aktionären wird kein materieller Schaden entstehen. Aber den Arbeitern und Arbeiterinnen. Da die Katastrophe nur infolge der völlig fehlenden Sicherheitsmaßnahmen dieses Umfang annehmen konnte, ist zu fordern, daß die Arbeitnehmer den vollen Betrag des ausfallenden Arbeitslohnes erhalten.

## Solales.

### Städtische Schuljahrskomitee.

Der jetzt im Druck vorliegende erste Jahresbericht der städtischen Schuljahrskomitee weist eine Zusammenstellung der Leistungen der Klasse auf. Es sind in der Zeit vom 20. Januar 1920 bis 31. März 1921 im Ganzen 22.568 Besuche zu verzeichnen gewesen. Die Leistungen der Klasse verteilen sich größtenteils auf 1: 11 025 Jahresleistungen (davon 8523 Mädchen und 2502 Kleinkinder); 2: Derzeitige Besuche 7109, 3: Fällungen 8244; hierbei ist besonders zu berücksichtigen, daß von diesen Jahresleistungen (davon) 2396 erst nach durchgeführter Einzelbehandlung geleistet werden konnten. So ersichtlich hoch die Zahl der Leistungen ist, so kann es nur bedauert werden, daß sich nur 8239 Kinder der Schuljahrskomitee angeschlossen hatten. Daß nur so wenig Eltern ihre Kinder der Klasse zuführen, liegt wohl daran, daß die Notwendigkeit der Jahresleistung im Kindesalter von vielen noch nicht genügend gewürdigt wird. Die Bevölkerung ist sich außerdem noch nicht über das Wesen der Schuljahrskomitee klar. Die Schuljahrskomitee will vom ersten Schultage des Kindes an die jahresfristige Fortfolge übernehmen und die Kontrolle des Gehirns fortsetzen bis zur Entlassung des Kindes aus der Schule.

Es hat sich nicht nur hier in Breslau, sondern auch in anderen Städten, in denen die Behandlung in der Schuljahrskomitee abhängig war von der Bezahlung eines Jahresbeitrages, gezeigt, daß der Besuch unter den angeführten Bedingungen nicht den Erwartungen entspricht. Wenn das deshalb in Bonn, Düsseldorf, Berlin, Charlottenburg und anderen Städten die Behandlung unentgeltlich geschieht, und zwar, weil man erkannte, daß der Schuljahrskomitee eine außerordentlich große Bedeutung beizumessen ist. Jahresleistung treibt man, um Jahressummen zu erhalten und zu beteiligen, um also kein Gehirngeld konstatieren zu erhalten; mit anderen Worten, ein ungepflanztes Gehirngeld ist nicht konstatieren; ein ungepflanzter Mund unterliegt ferner den Aus-

bruch von Krankheiten und macht bei bestehenden Krankheiten so bei der Tuberkulose, eine Heilung fast unmöglich.

Die städtische Schuldeputation hat nun in einer ihrer letzten Sitzungen beschlossen, dem Magistrat nahe zu legen, auch hier in Breslau mit der unentgeltlichen Bezahlung der Schuljahrskomitee zu beginnen; und zwar sollen im Jahre 1922/23 zunächst die Schuljahrskomitee von der Zahlung des Jahresbeitrages befreit werden. Ob der Magistrat dem Antrage der Schuldeputation zustimmt, wird in der Hauptsache davon abhängig sein, ob die städtischen Stellen, die nächst den Verborgten den größten Nutzen von der Schuljahrskomitee haben, nämlich die hiesigen Orts- und Betriebskrankenkassen, sowie die Landesversicherungsanstalt der Provinz Schlesien, die Stadt durch Beihilfen unterstützen. Augenblicklich sind Verhandlungen mit diesen Betreibungen im Gange; es darf gehofft werden, daß sie zu einem Ergebnisse führen, welches ermöglicht, die Einrichtungen der Schuljahrskomitee allen Breslauer Schulkindern zugute kommen zu lassen. Nur so wird sie ihren Zweck in ganzem Umfange erfüllen und zur Besserung der Wohnverhältnisse der ganzen Breslauer Bevölkerung beitragen können.

## Auslieferung von Briefschaften.

Es wird immer wieder beobachtet, daß einzelne Einlieferer Briefe, Postkarten, Druckbogen und Warenproben in größeren Mengen in die Straßenbriefkästen einlegen, diese werden dadurch leiber ihrem Zwecke, der Allgemeinheit zu dienen, entzogen; denn wenn sie durch die Masseneinlieferungen einzelner überfüllt sind, können sie von anderen Einlieferern nicht mehr benutzt werden. Das Volkstümlich der Kästen mit Briefschaften birgt zudem die Gefahr in sich, daß Briefschaften verloren gehen, indem sie sich in Drucksachen verwickeln oder aus dem Kasten entwendet werden. Es wird deshalb die wiederholt schon ausgesprochene Bitte erneuert, Masseneinlieferungen usw. an den Schaltern oder nach Schalterstich an den besonders dafür bestimmten Dienststellen der Postanstalten abzugeben. Auch empfiehlt es sich, die Sendungen schon nach Lüdnern, Provinzen, Bezirken usw. zu trennen, weil dadurch Ihre Abienung wesentlich beschleunigt wird. Ramentlich werden in dieser Beziehung die größeren Firmen und die Behörden sich selbst nähren und die Post unterstützen können. Die Einlieferungsstelle für Massensendungen beim Postamt 1 (Albrechtstraße), die auch nachts offen gehalten wird, befindet sich bei der Briefabfertigungsstelle daselbst, Eingang Poststraße, Lorenzstraße 111/12. Beim Postamt 2 (Blutstraße) können solche Sendungen nach Schluß der Postschalter bis 9.30 Uhr abends am Patentschalter abgegeben werden.

## Ultrawasser. An unsere Zeitungsubonnenen!

Den Abonnenten von Ultrawasser zur Kenntnis, daß die „Schles. Arbeiterzeitung“ jetzt wieder pünktlich ausgetragen wird. Die Schuld an der unpünktlichen und unzuverlässigen Zeitungsbestellung lag an der bisherigen Austrägerin. Da jetzt hierin eine Veränderung eingetreten ist, sind die Mängel behoben. Die Leser der „Schles. Arbeiterzeitung“ werden ersucht, weiter zu unserer Sache zu halten und uns in unseren Bemühungen zu unterstützen. Verschreiben und Wünsche jeglicher Art sind an den Korrespondent R. Jahn, Charlottenbrunner Straße 68, zu richten. Dort werden auch Inserate entgegengenommen.

## Dittendeb. Achtung Freireligiöse.

Die evang. Elternvereinsgruppe hält heute abend in der Kirche eine Versammlung ab mit dem Thema: „Warum fordern wir die evangelische Schule?“ Allen an der freireligiösen Bewegung interessierten Genossen und Genossinnen mögen vollständig in die Versammlung kommen und protestieren gegen den Einfluß der Pfaffen in der Schule. Wir wollen keine konfessionelle, sondern die freie, weltliche Schule.

## Versammlungs-Kalender.

- 27. D. Breslau. Alle Parteigenossen und Genossinnen haben sich heute abend 7 1/2 Uhr in den Distriktslokalen einzufinden. Mittwoch, abends 7 Uhr, Bezirksleitungs-Sitzung. Kommunistische Kindergruppe. Die Zusammenkünfte finden jetzt jeden Dienstag und Mittwoch von 4-6 Uhr in der Minoriten-Schule statt. Schickt Eure Kinder hin!
- 27. D. Sandeshut. Donnerstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne“, außerordentliche Mitgliederversammlung. Aussprache und Beschlußfassung über Ausbau des Schulwesens (Volksschule und Gymnasium). Genossen und Genossinnen, sorgt für zahlreichen Besuch, bringt Sympathisierende mit.
- 27. D. Stabelwitz. Freitag, den 27. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung mit äußerst wichtiger Tagesordnung. Referent ist anwesend. Jedes Mitglied ist verpflichtet zu erscheinen.
- 27. D. Ne-nitz. Donnerstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, im „Reichswalden“, wichtige Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung u. a.: Jahresbericht, Jahresbericht, Vorstandswahl, Erhöhung der Beiträge, Jugendfrage. Alle Genossen mit ihren Frauen mögen erscheinen.

Verantwortl. Redakt.: Erich Gentsch; Druckerei: Max B. v. O. & Co. Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, z. B. m. f. B. Druck: Kaffel & Danigel, Wittenberg in Breslau.

**Schulspielhaus**  
Doverstraße 20, Tel. 829  
Sonn- und Feiertage 7 1/2 Uhr  
Die Theateraufführungen  
beginnen jeden 7 1/2 Uhr  
Der letzte Platz.

**Liedlich-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
Das grosse  
Januar-  
Programm

**Achtung! Wo?**  
Nach dem von uns und  
schonmalen HEBEL  
haben genau HEBEL  
haben genau HEBEL  
haben genau HEBEL  
hat H. Kluge  
Königsplatz 2, 1. St.

**Matthias-Kino**  
Matthiasstr. 38  
Moltkestr. 9.

**Der Schrecken  
der roten Mühle**  
5 Akte.

Ferner:  
**Zimmer Nr. 17**  
Detektivfilm. 5 Akte.

**M. PHILIPS PRICE**  
Die russische Revolution  
(Erinnerungen aus den Jahren 1917-1919)

Aus dem Inhalt: Der Petersburger Sowjet und die erste Koalition / Das erste Stadium der Agrarrevolution / Wie die Kosaken und Tataren über die Revolution dachten / Der Sturz der bürgerlichen Koalition — Alle Macht den Räten / Sabotage der Intellektuellen und der Kampf auf dem Koneralkongress / Die internationale Gegenrevolution geht zur Offensive über

495 Seiten Preis: brosch. Mk. 41.00 geb. Mk. 51.00  
[Organisationsnummer] 19.00 „ 35.00

Verlag Carl Hoyer Nachf., Louis Cabotley, Hamburg

Zahl für alle  
**Altmetalle**  
höchsten Preis.  
Otto, Kohlenstraße 1.

**Junge Leute**  
1. zur See fahr. wolle, erh.  
verh. Ankl. u. Rat. Ausw.  
ausw. Nürnberg 36,  
Jah. 112, C. 132.

**Wölkel Neuen überall hin**  
Gen. Wenzel, Tischlermeister  
Lehmwasser, Kreis Waldenburg.

**Kleine Werkstatt  
in Breslau**  
Sofort zu mieten gesucht. Angebote an  
die Expedition der Schlesischen Arbeiter-  
Zeitung, Nikolaistraße 49/50, I.

Anzüge, Cutaways, Raglans,  
Schlupfer, gestreifte Hosen,  
nach Mass und fertig am Lager, Verarbeitung nach allen  
Modellen aus gutem Material, werden für ein halbes  
Verkaufshaus feiner Herrenmoderats  
Berthold Schabert, Gartenstrasse 8

Siehe eine Schachtel



# Tribüne für proletarische Kultur und Arbeit

## Molière, der große Komödiant.

Am 15. Januar feierte man seinen 300. Geburtstag.

Jean-Baptiste Poquelin (so war sein richtiger Name), wurde in Paris als der Sohn eines Tapezierermeisters und königlichen Kammerdieners am 15. Januar 1622 in Paris geboren. Er war von vornherein dazu bestimmt, der Nachfolger seines Vaters, also Tapezierer und Kammerdiener, zu werden. Darum ließ man ihm, dem überaus wissensdurstigen Knaben, bis zu seinem 14. Lebensjahre gerade soviel an Wissen zukommen, daß er in diesem Alter notdürftig lesen, schreiben und rechnen konnte — das genügte ja für seinen Beruf. Nun kam es aber vor, daß sein Großvater mütterlicherseits, der das Theater leidenschaftlich liebte, den jungen Poquelin manchmal in ein Schauspiel mitnahm. Nach einem solchen Theaterbesuch war dann der Knabe um so gereizter bei der ohnehin nicht mit großem Interesse vollbrachten Arbeit. Angezogen von dem Theaterleben und durch die Vorbildungen bis in die Tiefen seiner Knabenträume, von der Sehnsucht nach dem Erleben, nach Wissen, nach Gestalten gepackt, ruhete der junge Poquelin nicht eher, bis er mit Unterstützung seines Großvaters studieren konnte. Im Jesuitenkolleg von Clermont lag er fünf Jahre mit größtem Erfolge dem Studium der Wissenschaften seiner Zeit, vor allem auch der Philosophie, ob. Nachdem er kurze Zeit dem königlichen Hofstaat angehört und als dienender Reisebegleiter des Königs ein Stück Welt gesehen hatte, studierte er in Orléans die Rechte und ließ sich bald darauf als Anwalt in dieser Stadt nieder. Aber die Liebe zum Theater übermächtig ihn schnell. Bald sehen wir ihn in Paris als ständigen Besucher aller möglichen, damals im Gange befindlicher Schmierer. Und schließlich taucht er plötzlich an der Spitze einer Schauspielertruppe auf. Er nahm damals, mit seiner Familie brechend, den Schauspielernamen Molière an, jenen Namen, unter dem er sich einen der ersten Plätze in der Weltliteratur aller Zeiten erobert hat.

Erst mit 31 Jahren, zu einer Zeit, wo er bereits ein leidenschaftsgeplagter, von allen Vorzügen, genialen Einfällen, von allen Höhen und Tiefen eines Menschen- und Schauspielerlebens gepoht und beseligte Jugend hinter sich hatte, schrieb er sein erstes Stück „L'Étourdi“, das im Jahre 1658 in Lyon seine Uraufführung erlebte.

Und dann schenkte er der Welt in jüngerer Reihenfolge jene berühmten Komödien, die bis zum heutigen Tage wie die Dramen des Shakespeare, über die Bühnen der Welt eilen: „Der Menschenfeind“ — „Der Arzt wider Willen“ — „Tartüffe“ — „Der Geizige“ — „George Dandin“ — „Der eingebildete Kranke“ — „Die gelesenen Frauen“ — „Der Menschenfeind“.

Wenn wir auch als Proletarier uns mit diesem größten und edelsten Komödianten der Weltliteratur beschäftigen und ihm Anerkennung spenden, so nicht deswegen, weil man in ihm einen besonders revolutionären Schriftsteller sehen muß, sondern deswegen, weil er bei der Verjüngung seiner Zeit, der Fehler und Schwächen seiner Mitmenschen und bei dem Lächerlichmachen nicht zum wenigsten seiner eigenen Vorzügen so scharf an verkehrte gesellschaftliche Zustände griff, daß er auch heute noch mit seinen Lustspielen ohne weiteres vor jedem Arbeiterpublikum gespielt werden kann.

Sieht man bei Molière ganz ab von der Einschachtelung seiner Saiten in die französisch-leichten Liebesgeschichten, Liebesabenteuer, zierliche Tänze, leichtgeschürzte Intrigen und Scherzspiele, so bleibt als Kern seiner Kunst übrig eine blutige Verhöhnung der gesellschaftlichen Zustände seiner Zeit, obgleich diese offensichtlich sich gar nicht recht dessen bewußt geworden ist. Viel mag auch dazu beigetragen haben, daß er als Komödiant Ludwig XIV. selbst nicht eine gewisse Grenze bei der Kritik der damaligen Gesellschaft, die ganz auf Vorrechten des Adels und der Geistlichkeit, mit dem Königtum an der Spitze, aufgebaut war, überschreiten durfte. Hatte er das nämlich gewagt, dann hätte jene göttliche Lächerlichkeit, die bekanntlich tödtet, nicht für die ungeheuren Frevelstaten der absoluten Monarchie gegolten, sondern wäre in seiner Föhllichkeit auf ihn selbst zurückgefallen und hätte ihn unter den Räubern des Lebens germalmt. Er wäre nicht der Molière, der heute als unsterblicher Komödiant gilt.

Aber Molière hat sich durch seine Kunst gerächt dafür, daß er nicht alles sagen konnte. Wenn er z. B. in dem „Tartüffe“ die Scheinheiligkeit unsterblich lächerlich machte, dann retteten ihn letzten Endes nur der zu — Tränen-Lachen, der urwüchsigsten „Tartüffes“, der Bischöfe, der feinen Damen des Hofes, der zierlichen Kavaliere, über ihre eigenen Laster vor dem gütigen Vab der Entlarvten.

Dort, wo er freie Bahn hatte, seine satirische Geißel zu schwingen, wirkt er einfach zerschendend mit seinem Lächerlichmachen. Wie hat es graunamere Komödien gegeben, wie hat ein Komödiant zynischer den Menschen seiner Zeit die von ihnen getragene Frage entgegengestellt, als damals, wo Molière — gleichzeitig Schauspieler — auf der Bühne mit Hilfe der Mimik seines unglaublich beweglichen Gesichtes den „Höfling“ wie den „Nobél“ zum Lollachen, zu einem einzigen Gebrüll brachte.

Welche Genugtuung mochte Bajazzo-Molière, der vielleicht hinter der ewig lachenden Maske einer der bittersten, ewig enttäuschten, innerlich zerrissenen und ewig sehnsüchtigen Menschen gewesen sein mag, gewahren, wenn er das Publikum sich über seine eigenen Laster vor Lachen wälzen sah!

Was sind die sogenannten klassischen Komödien der deutschen Literatur, etwa der „Verbrochene Krug“ oder die „Kanna von Barnhelm“, diese feix stolzierenden Lustspiele, gegenüber Molières beweglichen, lachenden und doch vernichtend auflagenden Komödien. Vielleicht kann mit Molière nur „Emanuel Quint“ von Gerhart Hauptmann wetteifern, zu dem eine so feine Beobachterin und Kennerin der Literatur wie Rosa Luxemburg in einem Gesangsbrief schrieb, er sei „die blutigste Satire auf die moderne Gesellschaft, die seit hundert Jahren geschrieben worden ist“.

Molière wußt auf uns noch heute als derjenige, der selbst der modernen Gesellschaft die schenklige Frage entgegenhält.

Wenn er sich lustig macht über den Bürger, der sein erschwindeltes Geld nur so zum Fenster herauswirft, um dafür die Schleppe einer Geldmante tragen zu dürfen, dann erhebt vor unseren Augen sofort der moderne Schieber, der, ganz gleich, was es kostet, unter allen Umständen den „Vornehmen“ nachhassen muß. Wenn der „Tartüffe“ hinter der frommen Jesuemaske widerliche Laster verbirgt, dann will uns scheinen, wir sähen jene Pfaffen vor uns, die Kanonen und Maschinengewehre gegen zum „gottgewollten“ Völkermorden. Und wenn der „Geizige“ Dalaten auf Dalaten häuft in der elendesten Gier, ohne Rücksicht auf die auf dem Goldwege Vertretenen, dann haben wir den leibhaftigen, brutalen Kapitalisten vor uns, dessen Lebenspfeil sein Band und dessen Horizont der Profit ist.

Man darf getrost sagen: Das hegrelche Proletariat wird seiner proletarischen Kultur, seiner kommunistischen Weltordnung zweifellos einen Molière einreihen. So wahr die proletarische

Kultur nach einer Kampfsperiode gegen die bürgerliche Unkultur wird einmünden in die allgemeine Menschlichkeit und Menschheit, so wahr besitzt Molière, der menschlichste der Komödianten, Gwigleitswert. Peter Maslowski.

## Ein Aufruf deutscher Künstler und Wissenschaften für die Hungernden Sowjet-Rußlands.

An alle geistigen Arbeiter Deutschlands, an die Ortsgruppen der unterzeichneten Organisationen!

Das russische Volk ist vom Hunger heimgesucht. Ausgedörrt sind die Kornlammern des riesigen Reiches, das Wolgagebiet, verbrannt die ostrossischen Steppen. Viele tausend Menschen brechen zusammen, erschöpft und verzweifelt.

Die dürren Reste der Gräser und des Landes sind ihre letzte Speise. An der Wolga wohnen unter dem nackten Himmel tausend und abertausend Obdachlose. Kinder sinken zur Erde wie Blätter, die der Sturmwind herunterreißt.

Zwanzig Millionen Menschen sind am Verhungern! Ihr Schrei um Hilfe darf nicht verhallen!

Die Arbeiter der ganzen Welt, die mit ihren harten Händen die Maschinen bewegen und das Korn auf den Feldern schneiden, haben sich bereits zusammengesetzt in brüderlicher Solidarität, dem hungernden und kranken russischen Volke zu helfen.

Wenn die Hand, die die Maschine bewegt, sich brüderlich für Rußland öffnet, kann sich da Herz und Gehirn, die die Welt neu gestalten wollen, vor dem Elend der russischen Hungergebiete verschließen?

## Selbstgespräch eines Proletariers.

Von John Henry Malah.

Ich habe einen Arm, den Arbeit stählt,  
Und eine sehnige, eisenstarke Hand,  
Und einen Blick, der nie sein Ziel noch verliert —  
Und dieser Blick, er ist auf euch gewandt!

Auf euch: ein jeder eurer blutigen Tage,  
Der Luftdurchdrungen, wird von mir belauscht.  
Indessen an mein Ohr der Weinen Klage  
Wie Ruf zum Kampf, wie Ruf der Zukunft rauscht.

Ich habe meiner Elaventeile Glieder,  
Glieder sie um Glied gezählt, geprüft, zerfeilt  
Und weiß die Stelle, wo der Hammer nieder  
An jenem Tage fällt, der sie zerfeilt.

Und dann an jenem Tag, da es zum Retten  
Zu spät, tret' ich vor euch drohend dicht  
Und schlage die wie Glas gebrochenen Ketten  
Euch in das — nicht mehr lächelnde — Gesicht!

Wissenschaftler und Künstler, die Ihr Euch bemüht, in Euren Werken und Taten eine vollkommene Welt in Harmonie und Schönheit zu gestalten, die Ihr am Unvollkommenen und Gekündenen nicht ohne Erschütterung vorübergeht, Arbeiter des Geistes, hört unseren Ruf:

Ihr müßt und Ihr werdet helfen! Unterstützt überall tatkräftig den Kampf der Arbeiterschaft gegen den Hunger im Osten!

In der Zeit vom 15. Januar bis Anfang Februar wird von den pazifistischen, sozialistischen und kommunistischen Studenten-Gruppen Deutschlands, die sich zu einem Akademischen Hilfskomitee zusammengeschlossen haben, eine Hilfsaktion für die Hungernden durchgeführt. Diese wird unterstützt von dem auf der internationalen Hilfskonferenz am 4. Dezember 1921 in Berlin vertretenen geistigen Organisationen (Deutsche Friedensgesellschaft, Komitee „Künstlerhilfe“, Bund Entschiedener Schulreformer“, Bund Neues Vaterland, Friedensbund der Kriegsteilnehmer u. a.). Sie muß zu einem Hilfswort der geistigen Arbeiter Deutschlands ausgestaltet werden.

Organisiert an allen Orten sofort lokale Hilfskomitees, die sich aus Vertretern der studentischen Gruppen, sowie der Friedensgesellschaft, der anderen dem Pazifistischen Kartell angeschlossenen Organisationen, der Künstlerkraft, der Jugendbewegung usw. zusammensetzen. Veranstaltet gemeinsam Versammlungen, künstlerische Veranstaltungen und wissenschaftliche Vorträge, deren Reinertrag bedingungslos den Hungernden zukommt. Sammelt Geld, Medikamente und Kleidungsstücke! Verbreitet die uns von den Verlegern zum Zweck des Hilfswortes verbilligt zur Verfügung gestellten Broschüren!

Anfänge unseres Hilfswortes sind schon gemacht: in Hamburg und Berlin (Städtisches Schauspielhaus) fanden zu Gunsten der Hungernden „Volkstheater-Fest“ sowie andere künstlerische Veranstaltungen und Vorträge statt. Über 700 Graphiken wurden von Käthe Kollwitz, Georg Grosz, Westphal u. a. Tatkämen ihrer Aufführungen von Ernst Toller, Alfons Paquet, Johannes Becher, Kludow u. a. zur Verfügung gestellt.

Eifert nach! Organisiert das Hilfswort! Tretet sofort mit uns in Verbindung! Lohnt kein Mittel unersucht und keinen Weg unbeschritten, der hinführt auf die große, mächtige Straße, die von Europa hindurchgebaut wird in das Land Dostojewskis, das jetzt in unmerklichen Tagen, von dem Hunger gewürgt und von Sorgen überfallen wird.

## Komitee Künstlerhilfe:

Schreinermeister: Maxim Gorki; Gerhart Hauptmann; Käthe Kollwitz; Alfons Paquet; George Grosz; Ella Dauterive; Viktor Prof. Gumbach; Hans Balmigut; Heinrich Vogeler; Joes Becher; Arthur Dollinger; Maximilian Harden; Dr. Piatkus; Gertrud Gysold; Karl Heinz Martin; Max Barthel; Paul Bekk; Martin Buber; Kurt Wolff; Paul Dessler; Kurt Hiller; Prof. G. H. Nicolai; Johannes Becher; Ernst Toller; M. Westphal; G. Erlik. Akademisches Hilfskomitee: Fritz Weig. Deutsche Friedensgesellschaft: Ernst. Deutsche Liga für Völkerverständigung: W. Schwarz. Bund Neues Vaterland: Otto Lehmann-Ruhboldt.

\* Frithjof Korjen: „An das Gewissen der Völker“ — „Helft Sowjet-Rußland“, „Sowjet-Rußland“, „Sowjet-Rußland und seine Kinder“, Lunatscharski: „Die Kulturaufgaben der Arbeiterklasse“, Bogdanoff: „Ueber proletarische Dichtung“, Kewski und Kawitsch: „Russische Arbeiter- und Landbauverbände“. Diese Broschüren, sowie Plakate (nach Entwurf von Käthe Kollwitz) zur Propaganda von Veranstaltungen sind zu beziehen durch „Künstlerhilfe“, Berlin SW., Wilhelmstraße 37-38.

## Sowjet-Rußlands Kulturarbeit trotz der Hungerkatastrophe.

### Die Arbeit des Zentralkomitees für professionelle Bildung.

Die „Iswestija“ veröffentlicht eine Unterredung mit Antisk, dem Mitarbeiter des Zentralkomitees für professionelle Bildung, in deren Verlaufe Antisk folgende Mitteilung machte: Infolge der Einschränkung der Staatsausgaben stand das Zentralkomitee vor der Notwendigkeit, seine Arbeiten einzuschränken. Der Umstand, daß der Staat uns nicht die Menge an Lebensmittelanlagen zur Verfügung stellen konnte, die wir nötig gehabt hätten, veranlaßte uns, die Zahl der Unterrichtsanstalten zu vermindern. Diese Unterrichtsanstalten, die wir jetzt nicht besorgen können, sollen von den Fabriken und den Gewerkschaften erhalten werden, teilweise sollen auch Zusammenziehungen von Unterrichtsanstalten vorgenommen werden. Diese Einschränkung wird sich hauptsächlich auf die Schulen für künstlerische Ausbildung erstrecken; die landwirtschaftlichen Schulen und die Fabrikschulen sollen erhalten bleiben. Die Einschränkung der Zahl der Unterrichtsanstalten zehrt aber keine Verminderung der Anzahl der Lernenden nach sich. Ja, man kann sogar sagen, daß die Anzahl der Lernenden in diesem Jahre noch größer ist als früher. Das Volkskommissariat für Lebensmittelversorgung hat 50000 Stipendien gestiftet, von denen die Mehrzahl den Hören der Arbeiterkategorien verliehen werden sollen. Die Zentralkommission für professionelle Bildung beabsichtigt, den Unterrichtsanstalten Beihilfe bei der Entlohnung einer Produktions- und Genossenschaftstätigkeit zu leisten; einzelnen Unterrichtsanstalten sollen landwirtschaftliche Sowjetwirtschaften, zugeteilt werden. Diese Maßnahmen werden der Zentralkommission die Möglichkeit bieten, die materielle Lage der Unterrichtsanstalten zu verbessern. Vom 1. Januar 1922 an soll eine Reorganisation des gesamten Apparates der Zentralkommission für professionelle Bildung beginnen. Vom System des Produktionsprinzips (Teilung der Unterrichtsanstalten in landwirtschaftliche, technische, medizinische usw.) gehen wir zu einer Teilung der Unterrichtsanstalten in technische Hochschulen, Techniken, Arbeiterkategorien usw. über. Diese Reorganisation besteht auch darin, daß das System der Kollegialverwaltung durch das System der Einzelverwaltung ersetzt werden soll.

### D'Annunzio über Sowjet-Rußland.

In den Zeitungen wird ein Brief veröffentlicht, den D'Annunzio an einige Presseorgane Amerikas gerichtet hat. Der italienische Dichter stellt darin die sächliche Ruhelosigkeit und Ohnmacht der Washingtoner Konferenz fest; die dort gehaltenen Reden seien rein rethorisch und fänden keinen Widerhall in den dortigen Kreisen. Dieser Rethorik stellt der Dichter die Gewalt jener Stimme entgegen, welche aus der neuen Welt, Sowjetrußland, ertöne. „Es lebt zwischen Europa und Asien ein Volk, das in verzweifeltstem Kampfe mit seinem Gotte ringt, wie Jakob in jener Nacht mit dem Engel. Dieses Volk ist überlastet von Fehlern und Sünden; und die Last der letzteren drückt es um so schwerer, je fürchterlicher die Vergeltung ist. Dennoch ringt es mit einem Gotte, mit seiner Seele. Wie Jakob ersehnt es den Morgen, um jenen zu erkennen und diese zu retten. Es rißt vor Hunger und verzweifelt doch nicht. Es hat den Glauben an die künftige Ernte. Erinnert sich die amerikanische Hilfskommission der Szene, wie eine Masse hungernder Wägen und Kindern mit emporgestreckten hässlichen Armen sie umringte und ansah, das Getreidelager unter sie zu verteilen? Der Instinkt des Tieres, welches nicht sterben will, hatte diese Menschen dazu getrieben. Aber es ertönte eine Stimme, die rief: „Die Säde sind gefüllt mit Saat für die kommende Ernte!“ und diese Stimme genügte um die hungernde Menschenmasse zurückzuhalten. Das ist der Boden für die Fundamentierung jenes geistigen Gebäudes, welches das künftige Geschlecht beherbergen wird.“

### Die „Woche der Museen“.

Schier unerhöplich in der Erfindungsfrage, wenn es gilt, Hilfsmittel für gesellschaftliche Mühe auszudeuten, ist man jetzt in Rußland auf einen in Westeuropa noch nicht angewandten Gedanken gekommen. Die staatliche Museenverwaltung hat eine „Woche der Museen“ veranstaltet, die am 25. Dezember (1921) begonnen hat. Der Gesamterlös der Besuche, Ausstellungen, Kunstexkursionen, die in ganz Rußland während dieser Woche stattfanden, wird der Hungerhilfe zugewiesen.

### Hunger und Kunst in Sowjet-Rußland.

(Aus einer Rede von Lunatscharski.)

In einer vor kurzem gehaltenen Rede über Kunst und Erziehung in Rußland, stellt W. B. Lunatscharski (der Volkskommissar für Kulturfragen und Bildungswesen) fest: Das zu Ende gehende Jahr (1921) hat sich in dieser Hinsicht im Vergleich zum Vorhergehenden durch eine gewisse Besserung auszeichnet; aber, im Hinblick auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen des Landes, läßt die Lage der Kunst noch immer zu wünschen übrig. Denn gegenwärtig müssen die industrielle und landwirtschaftliche Ausbildung vor dem künstlerischen den Vorrang haben.

Zur selben Stunde, wo das Wolgagebiet Hungers stirbt, wo wir mannhörlig das Todesröcheln der in unbeschreiblichen Leiden dahinstehenden Kinder hören, stoßt einem vor selbst die Sprache im Munde, wollte man von Kunst sprechen, — sagte der Volkskommissar, indem er die jungen Künstler auffordert, zwei Trupps zu bilden, von denen einer in die Fabriken, der andere aufs Land gehen soll.

Die verhältnismäßig geringen Mittel, die Rußland heute für Zwecke der Erziehung ausgeben darf, dürfen diesem Augenblick nicht verschwendet werden, um Fräulein auszubilden, die gut Klavier spielen.“

### Kohlspuppe.

Von Swan Lurgewess.

...er alten Blüthe raßte der Tod den einzigen, zwanzigjährigen Sohn dahin — er war der erste Arbeiter im Dorf.







# Wirtschaftliche Rundschau

## Die Macht der Sowjetregierung.

Die Einladung nach Genua ist ein Sieg unserer Revolution und ein Sieg unserer revolutionären Außenpolitik. Es ist aber nicht das Ende des Kampfes, sondern der erste Erfolg im Kampf an der neuen Front mit neuen Methoden. Mögen die Lloyd George und Millerand wissen, daß sie es nicht mit einem besiegten und entwaffneten Land zu tun haben, welches in eine Kolonie zu verwandeln wäre, sondern mit einem Land, das jederzeit imstande ist, seine Existenz, seine Unabhängigkeit, sein materielles und geistiges Eigentum gegen alle imperialistischen Götze zu schützen.

Die „Pravda“ am 13. Januar 1922.

## Sowjetrußland und das internationale Kapital.

Die Bedeutung der Konferenz von Cannes hat, wie wir immer wieder betonten, nicht in der Behandlung der deutschen Reparationsfrage gelegen, sondern in der Beschäftigung mit dem englischen Plan eines „Wiederaufbaus Europas“, nämlich darin, daß die kapitalistischen Mächte Europas nach Beziehungen zu Sowjetrußland suchten. In der Einladung Sowjetrußlands zur Wirtschaftskonferenz in Genua liegt die Anerkennung der vom russischen Proletariat geschaffenen Staatsgewalt. Es liegt darin das Eingeständnis, daß das internationale Kapital in eine unhaltbare Lage gerät, wenn Sowjetrußland noch länger von den internationalen Märkten isoliert bleibt.

Das Interesse der kapitalistischen Staaten, vor allem aber Großbritanniens an einer Verbindung mit Sowjetrußland wird klar, wenn wir sehen, daß trotz aller Konzentrationsbestrebungen die Weltkrise bis heute unaufhaltsam weiterbesteht. So haben die letzten veröffentlichten Ziffern des amerikanischen Stahltrusts gezeigt, daß sie gleichmäßig in den letzten drei Monaten nur bis 4,2 Millionen Tonnen betragen haben, gegen durchschnittlich 9—10 Millionen Tonnen des Vorjahres. Die Arbeitslosenzahl in den Vereinigten Staaten, wie auch in England, hat sich auch in den letzten Wochen weiterhin vergrößert. Die Preiscurve, die in den Herbstmonaten, wie alljährlich wegen des Weihnachtsgeschäftes und deswegen, weil eben in den Herbstmonaten die Landwirtschaft in stärkerem Maße Industrieerzeugnisse kauft, etwas angezogen hatte, ist bereits wiederum gefallen. „Die halbe Welt flieht nach Absatzgebieten, die andere Hälfte nach Zufuhr“, schrieb „The Observer“ in seinem Neujahrsartikel und eben dies Suchen nach Absatzmärkten ist es, was die kapitalistischen Staaten in Cannes zwang, die Sowjetregierung, die durch Interventionpolitik nicht beseitigt werden konnte, anzuerkennen.

Freilich haben schon vorher Kapitalisten aller Länder mit Sowjetrußland paktiert. Dr. Felix Deutsch, Generaldirektor der AEG, hat dies Streben (wir entnehmen seine Ausführungen der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 17. Januar) wohl am allereffekundigsten verraten. Er legt dar, wie es dem Kapitalismus unmöglich ist, weiter zu leben, ja daß er zugrunde gehen muß, wenn noch längere Zeit die 300 Millionen Menschen zwischen Wladiwostock und dem Rhein dem kapitalistischen Warenaustausch entzogen bleiben. Und er legt dar, wie das internationale Kapital unter dem Mangel an Absatzmöglichkeit darniederliegt: In Südamerika wird Mais, statt verfrachtet zu werden, unter den Dampfkeßeln verfeuert, die Vereinigten Staaten ersticken in ihren Rohmaterialien, in Liverpool sind für die beiden letzten Wollarten keine Räume mehr zu finden, an einen Verkauf ist nicht zu denken. Aber er sagt zugleich, wenn schon es notwendig ist, aus diesem Grund mit Rußland in Verbindung zu treten, daß es kein größeres Unglück für die Welt geben könnte, als eben der Zusammenbruch der Sowjetregierung. Mit dieser Regierung sagt er, müssen Verhandlungen aufgenommen werden, weil diese Regierung sich vollkommen konsolidiert hat.

Aber aus seinen Ausführungen geht noch ein anderes hervor: Die Transportverhältnisse, sagt er ausdrücklich, haben sich bereits in Rußland erheblich verbessert, eine große Menge von Gütern sind tadellos transportiert worden, ihr Oberbau größtenteils vollkommen. Und er zweifelt, daß die Tatsache der ersten Ergebnisse des materiellen Wiederaufbaus in Rußland das Drängen der Kapitalisten, mit Rußland Verhandlungen aufzunehmen, nur noch verstärkt hat. Und daß die große Masse der Bauern Sowjetrußlands weit größere kulturelle Ansprüche stellt als früher, daß sie heute unter der Sowjetregierung Bedürfnisse haben, die sie früher nicht kannten, daß sich mit andern Worten eben unter der bisher verfluchten Sowjetregierung die wirtschaftliche und soziale Lage des Bauernums in starkem Maße gebessert hat: eben davon verspricht sich der Kapitalist Deutsch, daß Rußland heute in einem viel größeren Ausmaß Absatzgebiet geworden ist, als in der Vorkriegszeit.

All diese Tatsachen zeigen aufs neue, daß der neue Wirtschaftskurs Sowjetrußlands, wie ihn Lenin auf dem 9. Allrussischen Rätekongress am 23. Dezember darstellte, auf alles andere hinweist, als etwa auf eine Schwäche der Sowjetmacht. Mag der imperialistische Machtapparat, mag die ökonomische Kraft der Kapitalisten bei weitem stärker sein, als bei der Sowjetmacht: die Krise, die auf dem internationalen Kapitalismus lastet, macht ihn mindestens ebenso schwach wie Sowjetrußland.

Und nicht erst seit heute machen Kapitalisten mit Sowjetrußland Geschäfte. Französische Reeder und französische Kaufleute haben schon seit vielen Monaten mit Sowjetrußland, vor allem in den Gebieten des Schwarzen Meeres, Verbindungen angeknüpft. Und in Deutschland gibt es, wie Genosse Leschawa kürzlich sagte, kaum noch eine bedeutendere und solidere Firma, die nicht ihre Fühler nach dem russischen Markt ausgestreckt habe. In London besteht seit Jahresfrist die Organisation „Arkos“, die vor allem dafür gesorgt hat, daß nach Rußland Lebensmittel und Sämereien eingeführt und andererseits Holz, Flachs und Leder ausgeführt wurde. Ein sehr lebhafter Handel hat sich ferner mit den russischen Randstaaten entwickelt. Und erst vor kurzem hat Italien ebenso wie vor dem England und Deutschland mit Sowjetrußland einen Handelsvertrag geschlossen.

Dieser regeniosen Drängen nach dem russischen Markt soll nun — darauf läuft vor allem das Interesse des englischen Kapitals hinaus — organisiert werden. Es ist vorgeschrieben, daß ein internationales Konsortium, an dem England, Frankreich, Deutschland und Italien beteiligt sind, mit einem Anlageskapital von 20 Millionen Pfund dieses organisierte Geschäft kreditiert. Es ist aber bereits, wie der „Manchester Guardian“ vom 2. Januar mitteilt, ein ähnliches Konsortium gegründet worden: Die Russo-Asiatic-Company mit einem Kapital von 12 Millionen Pfund Sterling. Das Kapital ist zwar überwiegend in den englischen Händen, nur Krupp und Mendelssohn sind an den Aktien als deutsche Firmen beteiligt. Diese Russo-Asiatic-Company besitzt Ackerbau-, Bergwerks- und Forstgründe

und ferner Minenkonzessionen im Ural und in Westsibirien. Nach ihren eigenen Angaben gehören ihr heute 12 ausgebaute Metallwerke, in denen Kupfer, Blei, Zink, Gold und Silber gefördert werden, außerdem aber noch Kohlen- und Eisenbergwerke, Hochöfen, Schmelzwerke, Gießereien, Sägemühlen, Eisenbahnen und eine Flußschiffahrtflotte.

Gegen die Beteiligung deutscher Kapitalisten an solchem oder ähnlichem Unternehmen hatten zunächst konservative englische Kapitalistenkreise protestiert, so findet sich beispielsweise in der konservativen Zeitung „The Morningpost“ vom 20. Dezember ein lebhafter Protest gegen die Gemeinschaft mit den Deutschen, der Artikel nennt diesen Drang deutscher Kapitalisten nach dem Osten eine Realisierung deutscher Machtpläne, die über die Ruhrschische Trümmerei noch weit hinausgehen.

Der von uns erwähnte „Manchester Guardian“ zählt nun aber die wirklichen Gründe auf, aus denen heraus auch deutsche Unternehmer an der Russo-Asiatic-Company beteiligt worden sind:

1. Deutschlands Mitarbeit ist nicht nur wegen seiner geographischen Lage in der Nähe Rußlands besonders wichtig, sondern vor allem, weil es über Erfahrungen im Handel mit Rußland verfügt.

2. Die deutschen Geschäftsleute wissen, daß ihre Regierung politisch schwach ist und daß nur eine Assoziation mit englischen Gesellschaften ihnen Schutz gewährleistet.

3. Deutschland hat vor dem Kriege im Ausland jährlich etwa eine Million Tonnen Kupfer, Blei und Zinn, gekauft. Rohstoffe aber kann es gegenwärtig bei dem schlechten Stand der deutschen Mark nur ganz unzureichend einführen. Aus diesem Grunde kann ein Abkommen mit der Russo-Asiatic-Company für sie „vorteilhaft“ sein.

Es wird hier ganz offen ausgesprochen, daß das englische Kapital nur deutsche organisatorische Fähigkeit und deutsche Arbeitskraft ausnutzt, daß schon aus politischen Gründen ein selbstständiges Vorgehen Deutschlands eine Unmöglichkeit sei und daß deutsche Unternehmungen Rohstoffe am besten immer noch aus Gnaden englischer Kapitalisten beziehen. Und es heißt ausdrücklich weiter, dies sei „das erste konkrete Beispiel englisch-deutscher Zusammenwirkens in Rußland“.

Aber eben dies konkrete Beispiel zeigt in aller Deutlichkeit, was es mit der Beteiligung Deutschlands beim „Wiederaufbau Europas“ auf sich hat. Es handelt sich hier nicht nur, wie es England Frankreich gegenüber tut, um eine Konzession, denn daß Frankreichs Industrie „erst nicht in dem Maße wie die englische nach Absatzmärkten schreit“ — es geht vielmehr infolge der Belieferung mit billiger deutscher Reparationskohle und billigem Reparationskoks auf dem Weltmarkt einsteilen recht gut — daß infolgedessen Frankreich fürchtet, eine enge Beziehung zwischen England und Sowjetrußland sei für Frankreich eine ungeheure Gefahr, wirtschaftlich wie politisch, das ging aus dem Neujahrsartikel des „Temps“ mit aller Deutlichkeit hervor: „es dürfe unter keinen Umständen eine Bevormundung der russischen Nation stattfinden“.

Aber Deutschland gegenüber handelt es sich um keine Konzession, es handelt sich vielmehr für das englische Kapital darum, die deutsche Industrie ein für allemal als Konkurrenz auszuschalten und ihr die Möglichkeit eines selbständigen Wiederaufbaus durch eigene Handelsverbindung mit Sowjetrußland zu nehmen, diese Industrie vielmehr auf seine eigenen Interessen einzustellen, sie auszunutzen, um mit Hilfe dieser Ausnutzung die Machtposition des englischen Imperiums noch zu vergrößern.

Dies Bild über die heutige Situation des Verhältnisses des internationalen Kapitals und Sowjetrußlands zu einander zeigt, daß das Ententekapital, vor allem aber das englische, danach strebt, fürs erste deutsche Arbeitskraft für seine Zwecke auszubeuten und dem deutschen Unternehmer nur die Rolle eines Zwischenhändlers zu gestatten, und zweitens durch Stärkung seiner eigenen Machtposition, vielleicht zusammen mit anderen Kapitalisten, Sowjetrußland gegenüber als eine Macht dazustellen.

Sowjetrußland durch die Passivität des amerikanischen Proletariats zu Konzessionen an das westeuropäische und amerikanische Kapital gezwungen, so kommt es heute, nach wie vor, nicht nur auf die gewohnte Stärke und Tapferkeit Sowjetrußlands, sondern auch auf das internationale Proletariat an, ob die Absicht des internationalen Kapitals, Rußland mit anderen Mitteln zu erwürgen als mit militärischen Interventionen, mißlingt oder nicht. Und am deutschen Proletariat wird es liegen, ob das englische Kapital es zu diesem Zwecke versklaven kann oder nicht.

A. Friedrich.

## Der indische Kull.

Einer in Kalkutta erscheinenden Zeitung entnehmen wir, daß die „American Manufacturing Company“, eine der größten Fabriken von Säcken in den Vereinigten Staaten, beschlossen hat, ihren Betrieb nach Kalkutta zu verlegen. Als Grund wird angegeben, daß die indische Arbeit viel billiger sei als die des amerikanischen Arbeiters. Mehr als 5000 Angestellte und Arbeiter sind dadurch auf die Straße gesetzt worden. Die Maschinen sind auseinandergenommen und werden jetzt nach Kalkutta verschifft. Der Unternehmer sagt, daß in Kalkutta die Arbeiter für 10—15 Cent täglich zu haben sind, während der amerikanische Arbeitslohn das Vielfache dieses Lohnes ausmacht.

„The Chamber of Commerce Journal“, eine Londoner Zeitschrift, teilte am 30. Dezember 1921 mit, daß indische Fabriken vor allem Baumwollgarne, Wollwaren, Decken, Stoffe für Kleidungsstücke und andere Waren derart billig produzieren, daß europäische Unternehmer dieser Konkurrenz gegenüber nicht aufkommen können. Ebenso kann auch der indische Wettbewerb in Stahlstangen, Barrren, Platten und Konstruktionsteilen aller Art durch europäische Erzeugnisse nicht unterboten werden. Die Maschinenwerkstätten in Indien nehmen in wachsendem Maße die Konkurrenz in Stahlkonstruktionen und einfachen Dampfmaschinen auf, ebenso die Jutfabriken Kalkuttas. Ferner befürchten die englischen Papierfabrikanten, daß die indische Papierfabrikation in kürzester Zeit der englischen Industrie eine unerträgliche Konkurrenz machen wird.

Diese Nachrichten zeigen fürs erste, wie die billige indische Arbeitskraft eine ganz ähnliche Wirkung hat, wie die billige deutsche Arbeitskraft, und wenn wir verschiedentlich berichteten, daß amerikanische oder schweizerische oder holländische Firmen in Deutschland Filialbetriebe errichteten, so war der Grund dafür genau derselbe, wie wenn die American Manufacturing Company ihre Produktion nach Kalkutta verlegt.

Diese Nachrichten zeigen noch mit großer Deutlichkeit ein zweites: Die Krise in der sich die englische und die amerikanische Industrie befinden, hat ihren Grund zum großen Teil darin, daß die großen, früher vorkapitalistischen Gebiete in der Kriegs- und Nachkriegszeit industrialisiert worden und so der englischen und amerikanischen Industrie große Teile ihrer früheren Absatzmärkte verloren gegangen sind. Das trifft z. B. zu für Indien, China und Südamerika.

## Der deutsche Kulllohn.

Die japanischen Zeitschriften berichten, daß deutscher Zement in Ostasien zum Fabrikpreis von 6 Yen angeboten wird. Von diesen 6 Yen entfallen 2% Yen auf Seefracht als Unkosten. Dagegen kostet japanischer Zement 5,6 bis 5,7 Yen, einschließlich der Fracht aber 7 bis 8 Yen. Wie „The Japan Chronicle“ berichtet, rechnet man jedoch in japanischen Handelskreisen damit, daß der billige deutsche Zement nur vorübergehend angeboten wird, bis die Vorräte in Deutschland ausverkauft sind. Der Grund für das billige deutsche Angebot ist die Tatsache, daß die deutsche Arbeit unter ihrem Wert bezahlt wird.

## Produktionskosten und Preise für Agrarprodukte.

„Wohl ist der Kundstücker scheinbar teuer, aber die landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind es verhältnismäßig noch mehr.“

Junkerblatt „Greifswalder Zeitung“ vom 29. Dezember 1921.

Dieser Ausspruch der „Greifswalder Zeitung“ ist für die in dauernder „Not“ sich befindenden Großgrundbesitzer ein Schlag ins Gesicht. Er entspricht jedoch völlig der Wahrheit. Es kosten durchschnittlich in Mark für 100 kg.

	1913	jetziger Preis	Steigerung um das
Roggen	168	615	36 fache
Weizen	20	760	38 fache
Kartoffeln	5	200	40 fache
Zuckerrüben	2	80	40 fache

Die Preise für die übrigen Agrarprodukte sind durchschnittlich im gleichen Maße, teilweise sogar noch mehr gestiegen. Daß ein Teil des Getreides zu Umlagepreisen an das Reich abgeführt werden muß, trifft in der Hauptsache das wenig über seinen Bedarf produzierende Kleinbauerntum, das Großagrarium dagegen nur in geringem Maße. Dies muß festgehalten werden. Auch werden in Kleinbauerngebieten für Kartoffeln und Zuckerrüben und auch sonstige Agrarprodukte vielfach niedrigere Preise gefordert.

Auf dem Konto der Produktionskosten der großagrarschen Wirtschaft stehen als Hauptfaktoren die Ausgaben für Düngemittel und Löhne. Es genügt wenn wir die Preise einiger der hauptsächlichsten Düngemittel anführen, da die Preise für die übrigen Kali-, Stickstoff- oder Phosphorsäuredünger in ähnlichem Verhältnis gestiegen sind.

Es kostet in Mark für 100 kg:

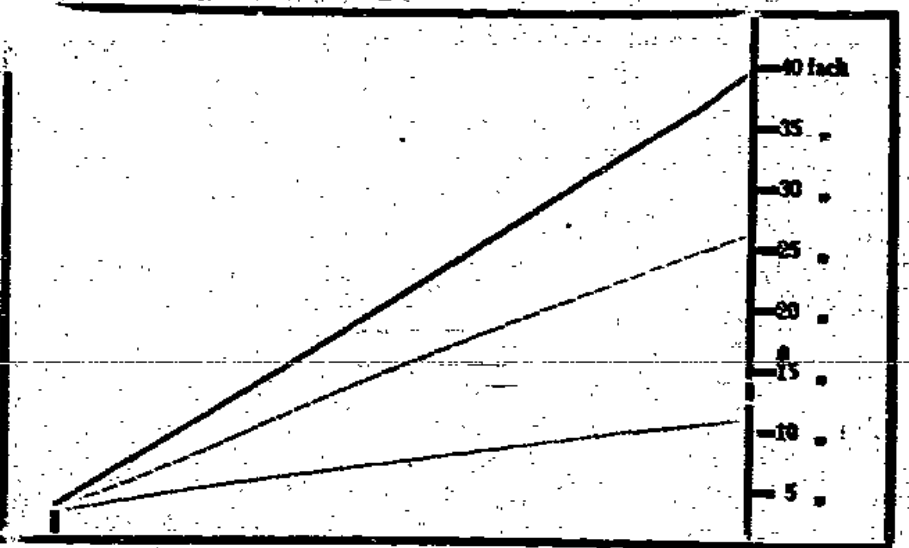
	1913/14	1921	Steigerung um das
Kalkstickstoff mit 18% N	21,6	414	19,16 fache
Schwefelsaur. Ammoniak mit 20% N	26	516	19,80
Thomasmehl mit 18% P <sub>2</sub> O <sub>5</sub>	4,5	135	30
Kainit mit 15% K <sub>2</sub> O	1,5	37,85	21,90
Kali mit 40% K <sub>2</sub> O	6,2	158,40	25,54
Superphosphat mit 19% P <sub>2</sub> O <sub>5</sub>	6,08	190	31,25

Noch mehr als die Steigerung der Preise für Düngemittel bleibt die Steigerung der Löhne der Landarbeiten hinter der Preissteigerung für Agrarprodukte zurück. Durchschnittlich betragen die Landarbeiterlöhne jährlich in Mark: 1913 700—800; jetzige Löhne (nach den heutigen Tarifen): 7000—10000; Steigerung um das 10- bis 12½ fache.

Es ergibt sich also folgendes Bild:

Steigerung der Preise für Agrarprodukte durchschnittlich 39fach  
Steigerung der Preise für Düngemittel durchschnittlich 26fach  
Steigerung der Landarbeiterlöhne durchschnittlich 11fach

Agrarprodukte — Düngemittel — Landarbeiterlöhne



Was aber schreibt der „Vorwärts“? Es heißt in seiner Nummer vom 15. Januar: „Es wäre unverantwortlich, wollte man dieser Brotpreissteigerung die Berechtigung absprechen.“ Nein! Es ist unverantwortlich, daß die Sozialdemokratie und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer das Proletariat nicht längst zum Kampf gegen den großagrarschen Wucher aufgerufen haben.

## Polnische Textilindustrie arbeitet mit französischem Kapital.

Die „Weltwirtschafts-Zeitung“ vom 6. Januar läßt sich über die polnische Textilindustrie einen Sonderbericht übermitteln, aus dem hervorgeht, daß die polnische Textilindustrie zum größten Teil mit französischem Kapital arbeitet.

In der Textilfabrik A.-O. Alland Rousseau (Lodz) ist französisches Kapital zu 85%, in der Czartocauer Textilfabrik A.-O. französisches Kapital mit 82%, englisches mit 12% beteiligt. So werden insgesamt zehn große Werke aufgezählt, die vom französischen Kapital überwiegend beherrscht werden, zum kleineren Teil ist auch englisches, belgisches und italienisches Kapital interessiert, in einem geringen Prozentsatz deutsches.

Die Beherrschung der polnischen Textilindustrie durch französisches Kapital ist in der polnischen Industrie kein Einzelfall, es sieht in den meisten anderen Industriezweigen nicht anders aus. In Obereschlesien kämpfen vor allem französisches und englisches Kapital um die Beherrschung der wichtigen Kohlenzechen, Eisen- und Zinnwerke. Der maßgebende Einfluß des französischen Kapitals auf die polnische Industrie spiegelt die politische Abhängigkeit Polens von dem kapitalistischen Frankreich wieder.



# Gewerkschaftsbewegung.

## Zusammenschluss der schlesischen Industriellen.

In Breslau fand am Freitag die Gründungsversammlung des Bundes schlesischer Industrieller statt. Mitglieder dieses Bundes können Einzelpersonen, die in Schließen in ein Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragen sind und wirtschaftlich-industrieller Vereine und Verbände werden.

In den Vorstand wurden gewählt: Kommerzienrat Dr. Schawerin (Breslau), Direktor Dr. Meißner (Carlsberg), Generaldirektor Dr. Hildenbrand (Bitterthal-Erdmannsdorf), Fabrikbesitzer Rosenberger (Ober-Sanaenbielau), Berggraf Gertl (Obersalzbrunn), Generaldirektor Dr. Osterberger (Grünberg), Direktor Frost (Wagnitz), Direktor Gölber (Misy), Fabrikbesitzer Hante (Glatz) und Direktor Geyer (Görlitz).

Die schlesischen Unternehmer, die in der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter gegenüber ihren reaktionären Brüdern im Reich in nichts zurückgehen, werden selbstverständlich ihren Bund vor allem benutzen, um sich gegen die unerschütterlichen Lohnforderungen und die Anmaßungen der Betriebsräte und Gewerkschaften zu schützen.

Die Arbeiterschaft Schlesiens wird einsehen müssen, daß gegen das, sich immer fester zusammenschließende Unternehmertum nur eine zielbewusste, klare Gewerkschaftsarbeit durchführbar ist. Nicht Arbeitsgemeinschaft und Appell an die Humanität rückwärtsloser Ausbeuter, sondern nur schärfster Klassenkampf führt zum Ziel.

## Zur Lohnbewegung der Holzarbeiter, Bezirk Schlesien.

Auf Grund des Reichsmanteltarifs für das deutsche Holzgewerbe sind Lohn und andere Fragen bezirksweise zu regeln. Am 16. Dezember 1921 haben Verhandlungen über neue Forderungen zwischen den beiderseitigen Bezirksleitungen stattgefunden. Gefordert wurde ein Zuschlag zum Stundenlohn von 2,50 Mk. und 65% für Montagearbeiten zum Spitzenlohn pro Stunde. Als vorläufige Vereinbarung wurde festgelegt ab 1. 1. 1922 ein Zuschlag von 0,70 in der Spitze nach unten gestaffelt. Ueber den strittigen Teil der Forderungen sollte in der ersten Hälfte des Jahres weiter geschickert werden. In der Zwischenzeit hat in Leipzig eine Konferenz der Bezirksvorstände des Holzgewerbes von ganz Deutschland getagt. Beschlüsse die dort gefaßt wurden und die in der Hauptsache zum Ziel hatten eine Zusammenregung einzelner Bezirke zu Bezirksverbänden, sind dem Vorstande des deutschen Holzarbeiterverbandes übermittelt worden. Auf diese Beschlüsse gestützt, lehnte der Bezirksvorstand der Unternehmer die Verhandlungen ab. Um nun die Unternehmer zu Verhandlungen und zu tariflichen Verhältnissen zu zwingen, wurden neue Forderungen gestellt. In Liebau leiteten die Kollegen die Arbeit nieder. In Langenröns wurde passiv Resistenz geübt. In Breslau wurde der Streikbeschluss gefaßt.

Die Unternehmer wurden in Unruhe versetzt und schlugen Verhandlungen nach Hirschberg vor, die am Sonnabend, den 21. Januar dort festgesetzt wurden, wo sie am 16. Dezember vertagt worden sind. Das Resultat ist folgendes: Ab 16. Januar à Konto für Facharbeiter gestaffelt nach Altersklassen 1,00, 0,90, 0,80, 0,70 Mk. Für Hilfsarbeiter 0,90, 0,80, 0,70, 0,60 Mk. Die strittigen 0,67 sollen durch ein Schiedsgericht mit einem unparteiischen Vorsitzenden erledigt werden. Das Abkommen hat Gültigkeit bis zum 15. Februar.

Vorliegendes Bericht gab Bauvorsteher Koblitz. Die Abstimmung war geheim und ergab folgendes Resultat:

1045 für Annahme, 177 dagegen, 16 Stimmen waren ungenügend. Somit sind die Vereinbarungen angenommen und der Streikbeschluss vom 18. Januar ist wirkungslos gemacht.

## Bericht der Kreis-Konferenz der Landarbeiter des Kreises Goldberg-Haynau am 15. Januar 1922 in Adelsdorf, einberufen vom DDB.

Auf der Konferenz wurden folgende Punkte verhandelt:

- 1. Situationsbericht aus dem Kreise. Ref.: Kreisleiter Menzel.
- 2. Der neue Tarif.
- 3. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gibt der Kreisleiter ein Bild über die Vorwommisse aus dem Kreise. Es werden dabei geradezu erschütternde Bilder aufgestellt über die Not der vom letzten Streik her gemahregelten Landarbeiter, es liegen Briefe vor, welche die jähzornige Not zeigen, unter welcher die Landarbeiter zu leiden haben, welche von den Landbesitzern herausgeworfen werden sind, nachdem sie im letzten Streik die Interessen ihrer Mitarbeiter vertreten haben. Nicht genug damit, daß diese brauen Kämpfer aus dem Arbeitsverhältnis herausgeworfen wurden, gibt man sich auch noch die größte Mühe, sie aus der Wohnung herauszuwerfen, und es muß von jenen Armen auch noch Geld ausgegeben werden für Rechtsanwältin, um den Hauswart aufzuhalten. Daß unter diesen Umständen die Not bald noch mehr in jenen Familien, ist selbstverständlich. Auch das Verhalten der Sprachkammer für die landwirtschaftlichen Betriebe in Haynau und die Parteilichkeit des Vorsitzenden dieser Sprachkammer sind klar hervorgehoben. Von dieser Sprachkammer werden von Seiten der Arbeitervertreter die Mandatwähler der Landarbeiter, so unter anderem Kreisleiter Menzel, weil angeblich zu radikal, nicht anerkannt, indem die meisten Sprachkammer-Sitzungen wie das Rosenberger Schicksal verliefen. Es wird schließlich eine Entschädigung angenommen und zwar einstweilig, die dahin geht, daß der derzeitige Vorsitzende der Sprachkammer nicht mehr anerkannt wird und sein Amt niederzulegen hat. Auch gegen den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe wird eine sehr scharfe Resolution angenommen,

welche fordert, daß jener famose Vorsitzende zurücktreten soll, andererseits nicht mehr mit dem Arbeitgeberverband verhandelt wird. In der freien Aussprache, welche nun einsetzte, kam zunächst Genosse Hamann als Vertreter des Gewerkschaftsartikels Haynau zum Wort. Er erklärte zunächst einmal, daß er nicht verstehen könne, wie unter den gemahregelten Landarbeitern eine so große Not herrschen solle, da doch die Gauleitung des DDB Gelder, welche für jene gemahregelten Landarbeiter eingeammelt worden seien, ihm, dem Genossen Hamann wieder zurückgeschickt haben, mit dem Bemerken, der DDB würde seine Mitglieder selbst unterstützen. Die Beantwortung dieses Briefes rief bei den Vertretern der Landarbeiter einen äußerst heftigen Unwillen hervor und der Gauleitung wurden verdammt scharfe Worte ins Stammbuch geschrieben. Es wurde auch von vielen Rednern betont, daß die Gauleitung, vor allem der Gauleiter Dienst, recht sonderbare Wege gehe und die Versammlung waren sich einig, daß man diesem Führer einmal ganz energisch die Meinung sagen müsse.

Als Genosse Hamann darauf fragte, ob die Kreisleitung jene gesammelten 60 Mk. annehmen würde, stimmte die Versammlung dem allseitig zu. Des Weiteren wurde von Hamann darauf hingewiesen, daß jene geschuldeten Verhältnisse, welche jeder Beschreibung spottig, es dringend erforderlich machen, daß erstens einmal jenes ungeliebte Arbeitsgemeinschaftsverhältnis bekämpft wurde und die Einheitsfront zwischen Land- und Industrieproletariat immer fester geschlossen wurde. Auch hier stimmten die anwesenden Vertreter der Landarbeiter restlos zu, und es wurde erklärt, daß jene Kampffront zwischen Land- und Industrieproletariat eine absolute Notwendigkeit sei.

An die Bekanntgabe des neuen Tarifes knüpfte sich eine längere Debatte. Genosse Hamann rollte dann die Schattenseiten des Tarifes auf. Die Anwesenden stimmten der Ausführung Hamanns zu.

In Punkt Verschiedenes wurde von Genossen Barisch Artikelvorsitzender Haynau um Auskunft gebeten, wie es sich mit den Anschuldigungen, die seinerzeit in der SPD-Pressen gegen den Genossen Hamann erhoben wurden, verhält. Gen. Hamann gab in kurzen Worten zum Besten, wie er sich damals im Landarbeiterstreik in Gollschau verhalten habe und wurde ihm auch die Mithilfe seiner Ausführungen von den beteiligten Personen bestätigt. Es zeigt sich hier wieder einmal, daß wir in kurze Weile haben, und wir sind nur gespannt, ob die SPD-Pressen, welche unteren Genossen damals verleumdete, nun aber die Sache richtig stellen wird. Nachdem noch einmal die Notwendigkeit des Zusammengehens der Land- und Industrieproletariat auch von dem Genossen Barisch (Gewerkschaftsartikell Haynau) betont worden war, nahm nach einem kurzen Schlußwort des Kreisleiters der Landarbeiter, Genosse Menzel, jene Konferenz ihr Ende. Das erste Mal wohl nahmen hier an der Kreis-Konferenz der Landarbeiter die Vertreter der Industriearbeiter teil. Der Anfang zur Einheitsfront der Land- und Industrieproletariat ist also getan, möge sie zum Wohle beider Proletariatschichten ausschlagen. Wir glauben, daß so gerüstet eine unüberwindliche Kampffront der Arbeiter in unserem Kreise besteht. Nachzutragen wäre noch, daß sich die Vertreter der Industriearbeiter selbstverständlich allen Beschlüssen der Landarbeiter anschließen.

## Belegschaftsversammlung der Weißsteiner Gruben (Zachgrube).

Am 18. und 19. Januar fanden die Belegschaftsversammlungen der Weißsteiner Gruben in Weißstein und Altwasser statt. Die Tagesordnung bei der in Altwasser stattgefundenen Versammlung umfaßte folgende Punkte: 1. Tätigkeitsbericht der Betriebsräte. 2. Neuwahl derselben. 3. Verschiedenes. Betriebsrat Steinberg führte den Kameraden vor Augen, was die Betriebsräte im vergangenen Jahre geleistet haben. Um alles klar zu legen mußte man die Protokolle zur Hand nehmen. Wenn man auch an dem Betriebsrätebericht vieles zu kritisieren hätte, so hätte es doch auch keine guten Eigenheiten. Die Unternehmer haben es verstanden was aus mancher Position herauszufragen; daran sei zum großen Teil die Interesselosigkeit der Kameraden schuld. Er hoffe, das für die kommenden Kämpfe eine geschlossene Einheitsfront dastehen wird. Den 2. Punkt behandelte Bezirksleiter Hoffmann, indem er auf die Wichtigkeit der kommenden Betriebsräteverneuerung hinwies. Er wünschte, daß von den Kameraden die alten Betriebsräte wieder gewählt werden und bedauerte, daß ihre Tätigkeit nur auf ein Jahr beschränkt ist. Die Betriebsräte müßten eine gute Schule durchgemacht haben, um bei jeder Sozialfrage selbstbewußt eingutreten. Ebenso müßte das Verhältnis zwischen Arbeitern und Beamten auf gegenseitiger Achtung beruhen. Betriebsrat Schmidt machte vor allem die jüngeren Kameraden auf die Wahllisten aufmerksam. Jeder, der am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat, muß unbedingt sein Stimmrecht ausüben. Für die Nachschicht werde dieses Jahr eine besondere Wahlzeit festgesetzt, indem es jedem Kameraden ermöglicht wird, an der Wahl teilzunehmen.

Unter Verschiedenem wurde die Frage der Unorganisierten aufgeworfen. Die Bezirksleitungen der Bergarbeiterverbände (Arbeitsgemeinschaft) sind sich einig geworden, daß an Unorganisierte die tariflichen Verhandlungen (Kampfgeld) in Bezug genommen werden. Die Hauptverbände der Gewerkschaften wollen zu diesem Zweck eine Interpellation bei den entsprechenden Körperlichkeiten beantragen. Auf eine Anfrage unter Genossen, was mit den unorganisierten Kameraden werden soll, antwortete der Bezirksleiter, daß man diejenigen auch in anderen Verbänden unterbringen müsse. Über dieses müßte die Frage der Unorganisierten so auch werden, daß sie eine Wahl im Sinne der Unorganisierten werden. Man ist das in den Vorstößen der Unorganisierten im Betriebe. Der nationalsozialistische Verband (gelber) will auch auf dem heiligen Berg nicht ganz verschwinden. Man muß aber diese Parteien immer gut unter die Lupe nehmen, um bei der besten Gelegenheit ihrer Schändung der Arbeiterbewegung entgegenzutreten. Von Seiten der Belegschaft wurde für die Wende eines Kameraden 1105 Mk. gesammelt. Nach Erledigung verschiedener Anfragen und Beschlüssen wurde die Versammlung durch den Betriebsratsvorsitzenden Endel geschlossen.

Die Frage der Aufhebung von Unorganisierten von den tariflichen Parteien muß von unseren Genossen viel mehr beachtet werden. Der alte Bergarbeiterverband und die Christen wollen bei ihrem Bestehen gegen die Unorganisierten hauptsächlich von dem Standpunkt aus, jede Organisation gegen ihre arbeitsschädigende Politik aufzuheben. Dies zeigt sich besonders auch darin, daß sie als „unorganisiert“ auch die Kameraden der „Schlesischen Union“ bezeichnen. Jeder Kamerad, der es wagt gegen den Stachel des Hies und Genossen zu heben, läuft an

die letzte Luft und bekommt seine Kinderstube zum Spielplatz. Die Gefahr ist also nicht von der Hand zu weisen. Wenn unser Bestreben auch dahin geht, innerhalb der Gewerkschaften für die Beteiligung der Arbeiter auf revolutionärer Basis zu arbeiten, müssen wir es ablehnen, den Bürokraten vom alten Verband und den Christen eine gefählich verankerte Macht zu geben, die jedem mißliebigen Kameraden den Hals umdrehen kann.

## Versammlung der Steinarbeiter.

Am 11. Januar 1922 fand im Gewerkschaftshaus die Versammlung der Steinarbeiter Breslaus statt. Der erste Vorsitzende der Initiative, Kollege Niebel, gab in kurzen Worten einen Rückblick auf seine Tätigkeit, sowie über die bestandenene Lohnkämpfe der Organisation im verflochtenen Jahr. Seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß die Gewerkschaft der Steinarbeiter trotz der Hartnäckigkeit und Prostitution der Arbeitgeber, einen guten Schritt vorwärts gelang hat. Noch ist ja nicht alles erreicht, was erreicht werden mußte, aber das liegt zum großen Teil an den Kollegen selbst, die noch nicht wissen, wo der eigentliche Feind steht. Kollege Niebel appellierte an die Kollegen, in Zukunft einig und geschlossen zusammen zu stehen, um der Macht des Geldsacks auch Stand halten zu können, denn schließlich wollen wir nicht Sklaven der Arbeit, sondern Menschen unter Menschen sein.

Zu zweiten Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer, Kollege Bitt, an Hand der Bücher und Belege, Ausschluß über die Kassengeschäfte, und es war erfreulich zu hören, daß trotz Streiks und sonst erhöhten Ausgaben, mit unserer Kasse zufrieden sein können. Von Seiten der Generalversammlung wurde dem Kassierer für seine ordnungsgemäße Kassensführung Entlastung erteilt.

Bei der Wahl des Gesamtvorstandes, befiel Kollege Niebel den ersten Vorsitz, während Kollege Jungfer den zweiten Vorsitz übernahm. Auch die Kollegen Bitt, Kassierer, und Geschäftsschriftführer, wurden wiedergewählt, während die Kollegen Kader und Rex als Neuzugänge in Betracht kommen. Als Karicaturbegleiter fungiert fortan Kollege Jahn. So kam der Gesamtvorstand zustande, und dessen Aufgabe wird es sein, in der kommenden Zeit der Kämpfe auf seinem Posten auszuharren zum Wohle der gesamten Gewerkschaft.

Im letzten Punkt der Tagesordnung wurde von Seiten des Kollegen Jahn ein Antrag eingebracht und von der Kollegenversammlung unterstützt, wonach sofort eine Tarifkommission zu wählen ist, die dahin wirken soll, daß der Grundlohn der Leuerung entsprechend erhöht werden muß. Ferner soll die Gehalts- und Ferienfrage, die Lohnzeit, Bezahlung nicht geistlicher Feiertage, im Falle der Bezahlung der Differenz zwischen Krankengeld und Lohn geregelt werden.

Zum Schluß der Versammlung suchte der erste Vorsitzende noch einmal darauf hinzuweisen, wie not und Einigkeit tut. Nur dann ist es uns möglich, der Macht des Unternehmertums, der bürgerlichen Klasse zu trotzen, wirksam entgegenzutreten, denn nur vereinte Kräfte können zum Ziel. Nur der Zusammenschluß aller, vernünftig, gewerkschaftlichen, politischen und gewerkschaftlichen Gebiete eine Macht zu entfalten. Das soll aller Arbeiter Ziel sein; dann ist es uns möglich, die Arbeiterschaft aus den Klauen ihrer Unterdrücker und Ausbeuter zu befreien.

**Ausfüllende:**  **Ausgeschneidene:**  **Beitrittsklärung.** Hierdurch erkläre ich meinen Beitritt zur „Kommunistischen Partei Deutschlands“, erkenne damit gleichzeitig die Beiträge der III. Kommunistischen Internationale an und verpflichte mich, in ihrem Sinne zu wirken. **Vor- und Zuname:**  **Beruf:**  **Geburtsort, -tag und -monat:**  **Wohnung (Straße und Hausnummer):**  **In welchem Betrieb beschäftigt:**  **In welcher Gewerkschaft organisiert:**  **Ist die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ abonniert:**  (Wenn nicht, bitte nebenstehenden Belegfeldern angeben.) **Der wöchentliche Beitrag beträgt für männliche Mitglieder 1,50 Mk., für weibliche und Arbeitslose 75 Pf., Mitgliederstarke 1,50 Mk.** **Ausfüllende:**  **Ausgeschneidene:**  **Unterzeichnet — befehlt hiermit durch Kopierent — durch die Post:** **Schlesische Arbeiter-Zeitung** **Verantwortlicher Redakteur:**  **Redaktion der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale):** **Veröffentlichungsort: Breslau** **zum Preise von Mk. 9 — pro Monat einl. (Zehnerlohn\*) und Postbestellgeld\*) und bittet um Zustellung durch den Ausreißer.** **Name und Beruf:**  **Wohnort:**  **Straße und Hausnummer:**  \*) wöchentliches beizufügen.